

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Delle-Allianz-Platz 8
Druckanschrift: Cepadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdringung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 19. Juni 1930

Politik oder Verbrechen?

von Rudolf Breitscheid.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. In Dresden lud bis vor wenigen Tagen ein Riesenplakat zum Besuch einer volksparteilichen Wählerversammlung ein, in der der Finanzminister Moldenhauer über "die Sanierung der Reichsfinanzen" sprechen sollte. Dieses Plakat ist überklebt worden. Als Referent wird jetzt der Reichstagsabgeordnete Brüninghaus und als Thema "Unser Kampf gegen das Notopfer" angekündigt. Ein amüsanter, aber sehr bezeichnendes Symptom für die Zustände, die in der Deutschen Volkspartei herrschen. Herr Moldenhauer darf nicht mehr reden, weil er bei seinen Freunden unten durch ist. Aus der Sanierung der Reichsfinanzen mit Hilfe des Notopfers ist der Kampf gegen dieses Notopfer geworden.

Nun hat das Gesamtkabinettt das Rücktrittsgesuch des Finanzministers abgelehnt. Aber niemand weiss einstweilen, welches der Erfolg seines Votums sein wird. Offenbar soll der Reichspräsident in Bewegung gesetzt werden, um Herrn Moldenhauer zum Bleiben zu nötigen. Doch auf der anderen Seite steht die Volkspartei, die in ihrer Mehrheit ihn nicht zu halten wünscht und die sich gegen das Finanzprogramm ausgesprochen hat, für das Moldenhauer die Verantwortung trägt.

Wie will man aus derartigen Schwierigkeiten herauskommen? Zweifellos wird der Versuch mit neuen Kompromissverhandlungen gemacht werden, und in den Kreisen der Regierung rechnet man damit, dass die Volkspartei weicher sein werde, wenn die sächsischen Landtagswahlen vorüber sind. Sei es, weil sie es dann nicht mehr nötig hat, den agitatorischen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen, sei es, weil sich unter dem Eindruck einer Niederlage ihre Bedenken gegen eine Auflösung des Reichstages verstärken werden. Und diese Bedenken sind ja an und für sich bei allen bürgerlichen Parteien und wahrhaftig nicht zuletzt bei der Deutschen Volkspartei schon gross genug. Wahlen im Zeichen der Finanzderoute und mit der Parole "Für oder wider das Notopfer" scheinen ihnen mit Recht sehr wenig aussichtsreich zu sein und man kann es verstehen, wenn ihre Presse nicht müde wird, ihre warnende Stimme zu erheben und auf die der Sozialdemokratie günstigen Zeichen hinzuweisen.

Aber sehr zweifelhaft ist es doch, ob diese Spekulation auf die Angst der bürgerlichen Parteien und namentlich der Volkspartei nicht fehlgeht. Wir müssen die Hintergründe der Attacke gegen den Notopfergedanken in dem Freundeskreis des Herrn Scholz zu erkennen suchen. Wir von der Sozialdemokratie immer hervorgehoben wurde, ist die Sorge um das Schicksal der Festbesoldeten nicht das eigentliche Motiv. Man benutzt sie nur, um die wahren und letzten Absichten zu verbergen. Mit dem Hervorkehren sozialpolitischer Erwägungen soll den Anhängern im Lande Sand in die Augen gestreut werden, damit sie nicht zu sehen vermögen, welche in hohem Mass unsozialen Rücksichten bei den Treibern hinter den Kulissen ausschlaggebend sind.

Eine sehr klare Bestätigung unserer Auffassung findet sich in einem Berliner Bericht der "Kölnischen Zeitung". Wir geben den betreffenden Passus

wörtlich wieder :

"Die Gegensätze zwischen der Fraktion und Moldenhauer haben sich jedoch wieder verschärft, da die Fraktion mehr und mehr unter die Führung der Industrievertreter geriet, die die Moldenhauerschen Vorschläge grundsätzlich ablehnen, da sie eine Sanierung der Finanzen von der Steuerseite her als hoffnungslos ansehen und statt dessen eine Entlastung der Wirtschaft durch Abbau von Löhnen und Gehältern durchführen wollen. Bei ihnen hat sich der Gedanke durchgesetzt, dass dieser Abbau auch auf gesetzlichem Wege durchgeführt werden könne und müsse, indem der Reichstag ein Gesetz beschliesse, das die langfristigen Tarifverträge aufhebt. Als Moldenhauer es ablehnte, sich auf diesen Weg zu begeben, verschärften sich die Gegensätze noch weiter und schliesslich liess die Gruppe der Industriellen dem Finanzminister die Aufforderung zu seinem Rücktritt zugehen. Daraufhin bestärkte sich bei ihm die Ansicht, dass seine Fraktion schliesslich einen Beschluss fassen werde, der von ihm seinen Rücktritt fordern werde."

Die Darstellung der "Kölnischen Zeitung" kann noch nach zwei Richtungen ergänzt werden. Einmal ist festzustellen, dass die Kampagne, von der sie spricht, in der Hauptsache geführt wird von dem Abgeordneten Schmid, der immer noch als Staatssekretär im Ministerium der besetzten Gebiete sitzt. Er findet seine Unterstützung bei seinem Kollegen Hueck und den übrigen industriell interessierten Mitgliedern der Fraktion. Aber was wichtiger ist: es geht diesen Herren nicht nur um die Aufhebung der langfristigen Tarifverträge, sondern auch um die Abschaffung der Schlichtungsordnung und den weiteren Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Es geht ihnen, ganz allgemein gesagt, um den Kampf gegen die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit.

Für sie steht nicht etwa der Gedanke der Beseitigung des Finanzelends in erster Linie. Sie wünschen auch gar nicht, die Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung oder durch Preissenkung einzuschränken. Im Gegenteil: die Not des Reiches und die Not der Erwerbslosen sind ihnen willkommene Helferinnen für die Verwirklichung ihrer Pläne. Wenn alle Deckungsvorschläge unmöglich gemacht werden, wenn das Proletariat durch die andauernde Arbeitslosigkeit müde gemacht ist, dann wird, so hoffen sie, der ihnen günstige Moment gekommen sein. Dass sie ihre Projekte auf dem geordneten gesetzgeberischen Wege durchführen können, bilden sie sich selbst nicht ein. Sie wollen die Voraussetzungen schaffen für die Anwendung des Art. 48, oder vielleicht auch noch für andere diktatorische Maßnahmen. Weit von dem Willen entfernt, der Wirtschaftskrisis ein Ende zu bereiten, beabsichtigen sie, sie zu vertiefen und zu verschärfen. Jedes Mittel ist den Katastrophenpolitikern recht, und wenn sich neuerdings die Anzeichen dafür mehren, dass die nationalsozialistische Bewegung gerade aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie finanzielle Zuwendungen erhält, so würde auch diese Unterstützung einer Partei der Beunruhigung und des Aufruhrs nur allzugut in den Rahmen des Gesamtbildes passen.

Hier also haben wir wieder einmal die Krisenmacherei in Reinkultur. Sie wird von denselben Leuten getrieben, die für alle politischen Krisen der letzten Jahre die Verantwortung tragen und die in allen Fällen mächtig genug gewesen sind, das kleine Häuflein halbwegs vernünftiger Politiker in der Deutschen Volkspartei niederzuknütteln. Nur dass es diesmal nicht allein um eine Kabinettkrise geht. Sie ist von untergeordneter Bedeutung gegenüber der sozialen und Staatskrise, die sich diese Vorkämpfer der grossindustriellen Bourgeoisie bewusst zum Ziele setzen. Dass die besonneneren Elemente in der Deutschen Volkspartei stark genug sein würden, um einem solchen verbrecherischen Tun wirksam entgegenzutreten, ist nach allen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit sehr wenig wahrscheinlich. Aber binnen kürzester Zeit werden die anderen Gruppen der gegenwärtigen Koalition vor der ernststen Schicksalsfrage stehen, ob sie mit einer Partei, die unter dem Druck ihres industriellen Flügels in so frivoler Weise mit dem deutschen Volk und namentlich mit der deutschen Arbeiterklasse zu spielen gewillt ist, länger eine Regierung bilden sollen.

SPD. Schweidnitz, 19. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Schweidnitzer Prozess erklärte Polizeioberleutnant a.D. Gröning am Donnerstag, dass er am Vormittag des Tages, an dem die Versammlung der Sozialdemokratischen Partei stattfand, den früheren Polizeibeamten Stuas getroffen habe, der den Nationalsozialisten zuzurechnen sei. Stuas habe zu ihm gesagt: Heute abend in der SPD-Versammlung wirds was geben. Er habe sich dabei die Ärmel hochgestreift und erklärt, er hätte schon lange nicht "gearbeitet".

Die Wirtin des Volksgarten, in dem die Versammlung stattfand, erfuhr kurz vor Beginn der Versammlung von einem jungen Mann, der von ihr Zigaretten kaufte: Heute wirds was geben. Eine andere Zeugin hat am Eingang zum Volksgarten zwei junge Leute beobachtet, von denen einer sagte: Wir sollen uns das Referat nicht erst anhören. Das machte die Frau stutzig. Sie hat deshalb von Anfang an mit Tötlichkeiten gerechnet. Ein Zeuge, der zurzeit der Versammlung mit Nationalsozialisten befreundet war, ist von einem der Angeklagten aufgefordert worden, mit zu der Versammlung zu kommen. Der Angeklagte hatte dieser Aufforderung hinzugefügt: Wir Nationalsozialisten gehen alle hin. Es wird verfluchte Schnicke geben. Der Zeuge hatte den festen Eindruck gewonnen, dass es zu Tötlichkeiten kommen würde. Er hat deshalb der Versammlung nicht beigewohnt. Am Tage nach der Versammlung ist ihm von dem gleichen Nationalsozialisten gesagt worden: Wir haben gut aufgeräumt.

SPD. Dresden, 19. Juni (Eig. Drahtb.)

Am Sonntag, den 22. Juni, wird in Sachsen gewählt. Der Wahlkampf hat sich im wesentlichen auf die letzte Woche vor der Wahl zusammengedrängt. Die rohe Kampfweise der Hakenkreuzler und Kommunisten hat trotz des kurzen Wahlkampfes genug Opfer gefordert. Die Stimmung im Lager des Bürgertums ist ausgesprochen flau, man wartet dort ab, wieviel man an die Nationalsozialisten verlieren wird.

Im alten sächsischen Landtag waren zehn Parteien vertreten: die Sozialdemokratie mit 33 Mandaten, die Deutschnationalen mit 8, die Deutsche Volkspartei mit 13, die Wirtschaftspartei mit 11, die Kommunistische Partei mit 12, die Demokraten mit 4, die Aufwertungspartei mit 3, die Altsozialisten mit 2, die Nationalsozialisten mit 5 und das Sächsische Landvolk mit 5 Mandaten. Es standen 45 Sozialdemokraten und Kommunisten 46 Bürgerliche und 5 Hakenkreuzler gegenüber. Im sächsischen Bürgertum sieht man es als unabwendbar an, dass die Hakenkreuzler ihre Position als Zünglein an der Wage beträchtlich verstärken werden.

Zwei neue Parteien unternehmen den Versuch, ihre Anhänger zu zählen: die volksnationale Reichsvereinigung des Herrn Mahraun und der Christlich-soziale Volksdienst. Die Altsozialisten und die Aufwertungspartei werden voraussichtlich noch kleiner werden oder ganz verschwinden. Die Verschiebung zwischen diesen Splintern wird aber ohne jede Bedeutung sein.

Die Nationalsozialisten haben einen gewaltigen Aufwand an Rednern und Geldmitteln getrieben. Sie machen sich Hoffnungen auf Mandatsgewinn von den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten, und erheben noch vor der Wahl Anspruch auf das Innenministerium - unbeschadet der Verärgerung der Volkspartei über die Landtagsauflösung.

Die Organisation der sozialdemokratischen Partei hat in der letzten Zeit sehr gute Fortschritte gemacht. Die Partei rechnet deshalb mit guten Erfolgen am Wahltag.

SPD. Der Fall Moldenhauer ist erledigt. Der Finanzminister des Kabinetts Brüning geht endgültig. Er muss gehen, weil seine eigene Partei ihn als Finanzminister nicht länger ertragen will und die Mehrheit der volksparteilichen Reichstagsfraktion entschlossen sein soll, Moldenhauer auszuschliessen, wenn er es wagen sollte, gegen ihren Willen weiter Finanzminister zu bleiben. Amtlich wird der Rücktritt Moldenhauers und die Annahme der Demission durch den Reichspräsidenten voraussichtlich erst in einigen Tagen bekanntgegeben werden.

Der Reichskanzler hat sich am Donnerstag im Verlauf einer Unterredung mit dem Führer der Volkspartei Dr. Scholz davon überzeugen lassen, dass sein Finanzminister nicht mehr zu halten ist und das Verbleiben Moldenhauers im Kabinett gleichbedeutend sein würde mit dem Abmarsch der volksparteilichen Krisenmacher in die Opposition. Angesichts dieser Situation hat sich Brüning entschlossen, von weiteren Einwirkungen auf Moldenhauer abzusehen und von dem anfänglich beabsichtigten Vorschlag an den Reichspräsidenten, in den Rücktritt des Finanzministers nicht einzuwilligen, Abstand zu nehmen. Er musste sozusagen zwangsweise auf seine Pläne verzichten, weil das Verbleiben Moldenhauers wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen zum Rücktritt des Gesamtkabinetts geführt haben würde. Um den eigenen Mann im Finanzministerium los zu werden, war der industrielle Flügel der Volkspartei entschlossen, auch der Regierung Brüning einen Dolchstoß zu versetzen. Dem ist Brüning ausgewichen, indem er endgültig auf Moldenhauer verzichtete und sich auf die Suche nach einem neuen Finanzminister begab. Man kann es verstehen, wenn im Zentrum und bei den Demokraten über die Volkspartei äusserste Verbitterung herrscht. Man versteht es umso mehr, als sie dieser Volkspartei erst bei der letzten Regierungskrise endlose Handlangerdienste gegen die Sozialdemokratie geleistet haben und ihnen jetzt der Dank in Form neuer Fusstritte und in Form eines Ultimatums zuteil wird. Und man versteht erst recht, dass Brüning heute bedauert, zum Scheitern der Grossen Koalition im letzten Stadium seine Hand geboten zu haben.

Moldenhauer geht - ein anderer Mann tritt an seine Stelle. Nur möchten wir bezweifeln, dass damit die Situation eine wesentliche Erleichterung oder gar eine endgültige Klärung erfährt. Der Kampf der Volkspartei gegen ihren eigenen Finanzminister galt weniger der Person Moldenhauers, er galt dem Repräsentanten einer Politik, die sich dem Willen der Schwerindustrie nicht restlos beugte. Diesen Kampf wird das schwerindustrielle Unternehmertum weiterführen, ganz gleich wie der neue Finanzminister auch heissen mag und es wird ihn wahrscheinlich schärfer noch als bisher führen, wenn der neue Mann - wie anzunehmen ist - nicht zur Volkspartei gehört. So ist zu erwarten, dass die Regierung Brüning auch ohne Moldenhauer von einer Schwierigkeit in die andere gerät, von einer Krise in die andere taumelt, bis sie schliesslich nicht mehr aus noch ein weiss. Dann gilt es Abrechnung halten mit der Politik dieser Regierung und den verbrecherischen Krisenmachern in der Deutschen Volkspartei!

SPD. Paris, 19. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Tardieu hat von der Kammer eine weitere Milliarde für Rüstungszwecke angefordert, trotzdem sich das französische Parlament erst vor einer Woche fast einstimmig für die friedliche Regelung aller politischen Konflikte durch das internationale Schiedsgericht erklärt hat.

Die französische offiziöse Presse lässt keinen Zweifel darüber, dass es der Regierung kaum eingefallen wäre, so plötzlich und unvermittelt eine Milliarde Franken "für die Erneuerung der in den kolonialen Kämpfen von Nordafrika und Syrien erschöpften Munitionslager und Materialbestände" zu fordern, wenn nicht die letzten brutalen Ausfälle Mussolinis Frankreich allen Anlass gegeben hätten, auf seine Sicherheit und den Schutz seiner Grenzen bedacht zu sein. Es ist natürlich auch möglich, dass für die neue Rüstungsinitiative

der französischen Regierung gewisse innenpolitische Erwägungen massgebend waren, dass Tardieu und sein Finanzminister durch eine legal bewilligte Milliarde ein Teil jenes Defizits des Schatzamtes decken wollen, das durch die minder legal verausgabten "verschwundenen Milliarden" entstanden ist. Über dieses höchst rätselhafte Kapitel der französischen Rüstungspolitik wird der am Donnerstag eingebrachte Antrag der sozialistischen Kammerfraktion, der eine sofortige Klärung der Finanzen des Schatzamtes fordert, spätestens Anfang nächste Woche die vom ganzen Lande dringend geforderte Klärung und Aufklärung schaffen.

SPD. Die Weltkraftkonferenz nahm am Donnerstag den mit vieler Spannung erwarteten Vortrag des Generaldirektors Dr. Oliven vom Gesfürel-Loewe-Konzern, entgegen, in dem Oliven die Notwendigkeit eines europäischen Grosskraftnetzes auseinandersetzte. Für den Plan eines europäischen Grosskraftnetzes sprechen die Verschiedenheiten der Energieproduktion in den einzelnen Ländern und der Zwang, zu einer Verbundwirtschaft grössten Umfanges zu kommen.

Der Energieaustausch über die Landesgrenzen hinweg bringe, wie Dr. Oliven ausführte, bei richtigem Netzausbau den erwünschten Ausgleich z.B. zwischen den Wasserkraftwerken der Hochalpen, die infolge der Schneeschmelze ihre Höchstleistung im Frühling erreichen, und den Werken an der adriatischen Küste, die wegen des winterlichen Regenfalls im Winter ihre grösste Leistungsfähigkeit erzielen. Man werde so die natürliche Wasserspeicherung, die durch die klimatischen und atmosphärischen Verhältnisse Europas gegeben ist, ausnutzen können und in die Lage versetzt, bei verringertem Anlage- und Ausbaukapital die Kraftwerke besser auszunutzen. Ferner wäre es möglich weitere Kraftquellen Europas durch ein Grosskraftwerk zu erschliessen, was bis jetzt der mangelnden Wirtschaftlichkeit wegen unterblieben ist. Mit Hilfe eines europäischen Grosskraftnetzes ergebe sich u.a. die Möglichkeit, das galizische und rumänische Oel, ja selbst die südrussische Kohle in die europäische Energieversorgung einzubeziehen. Mit einem europäischen Hochspannungsnetz könne man auch die Spitzen des Stromkonsums, die heute unsere Kraftwerke so sehr belasten, abflachen und zwar durch Ausnutzung der astronomischen Zeitverschiedenheiten im Westen und im Osten. Hier komme ein Zeitunterschied in Frage, der, wenn man vom östlichsten Punkt eines europäischen Grossnetzes ausgehe (also dem russischen Donezgebiet) in Wien $1\frac{1}{2}$ Stunden, in Zürich 2 Stunden, in Barcelona $2\frac{1}{2}$ Stunden und in Lissabon bereits drei Stunden beträgt. Man könne beispielsweise die Konsumspitzen Berlins vom Westen und vom Osten her abfangen. Im Osten seien die Konsumspitzen bereits überschritten, wenn Berlin vermehrter Energie bedürfe. Die Konsumspitzen im westen hätten dagegen ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, sodass der Energieüberschuss für den vermehrten Berliner Bedarf zur Verfügung stünde.

Voraussetzung für eine solche Regelung sei die Schaffung grosser durchgehender Ost-West-Linien. Durch Nord-Süd-Linien liesse sich ebenfalls ein Ausgleich erzielen, der zwar für die täglichen Konsumspitzen weniger wichtig sei, wohl aber für den Ausgleich während eines Jahres Bedeutung habe.

Der Plan Dr. Olivens sieht drei Nord-Süd-Linien vor, Die eine geht von Norwegen über Mitteldeutschland nach Rom, die andere von Calais nach Barcelona und Lissabon und die dritte von Warschau nach Jugoslawien. Die im Olivenschen Plan vorgesehenen Ost-West-Linien gehen von Warschau nach Paris und finden Anschluss an die Lissaboner Linie bzw. sollen sie das südrussische Kohlengebiet über Bukarest und die Alpen mit Südostfrankreich (Lyon) verbinden. Die Kosten dieses gewaltigen Projekts schätzt Dr. Oliven auf 2 Milliarden Mark. Der Transport der elektrischen Energie im Europeanetz würde bei 5 000 Benutzungsstunden etwa 1,1 Pfennig je Kilowattstunde kosten.

Der Plan Olivens ist keine Phantasterei; er enthält natürlich, wie jedes technische Grossprojekt, reichlich viel Zukunftsmusik und wird bis zur rest-

losen Verwirklichung seine Zeit brauchen. Selbstverständlich kommt eine Realisierung dieses Grossprojekts nur in Etappen in Frage. Die Probleme des zwischenstaatlichen Energieaustausches sind aber angeschnitten worden und auch Deutschland wird schon in nächster Zeit vor schwerwiegende elektropolitische Entscheidungen gestellt werden. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass Dr. Oliven, der Propagandist eines europäischen Grosskraftnetzes, einer der führenden Privatkapitalisten auf elektropolitischem Gebiet, und ein erklärter Gegner jeder Betätigung der öffentlichen Hand in der Elektrowirtschaft ist. Die Energieproduktion und die Finanzierung von Grosskraftunternehmen war schon in der Vorkriegszeit Tummelplatz internationaler Geldleute. Zu ihnen gehört Dr. Oliven und es ist begreiflich, wenn Dr. Oliven mit dem Projekt eines europäischen Grosskraftnetzes den Plan verbindet, die öffentliche Hand aus der europäischen Elektropolitik auszuschalten. So sehr wir die elektropolitische Vereinheitlichung des europäischen Kontinents begrüßen, die die Wirtschaften stärker aufeinander verweist und, wie der Ausbau der Eisenbahn, die Länder voneinander abhängig macht, so sehr müssen wir darauf bestehen, dass die elektropolitische Vereinheitlichung Europas Sache der öffentlichen Hand sein muss.

SPD. Lübeck, 19.Juni (Eig.Drahtb.)

Die am Donnerstag im Anschluss an den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine abgeschlossene 36.ordentliche Generalversammlung der Grosseinkaufsgesellschaft genehmigte die Jahresrechnung und setzte die Verzinsung auf das eingezahlte Stammkapital auf 5 % fest. Der Überschuss beträgt insgesamt 4,946 Millionen Mark. Davon gehen 741 000 Mark für Verzinsung ab, so dass ein Saldo von 4,205 Millionen Mark verbleibt. Von diesem Betrag werden 2 Millionen Mark für den Reservefond, 1 Million Mark für den Produktionsfond, 500 000 für den Bankreservefond, 250 000 Mark für den Pensions- und Unterstützungsfond und 456 000 Mark für den Dispositionsfond verwandt. Für die am 30.Juni in den Ruhestand tretenden Geschäftsführer Heinrich Lorenz und Emil Berger wurden die bisherigen stellvertretenden Geschäftsführer Friedrich Albert, Josef Bodden und Gustav Borkner als Geschäftsführer bestellt. Die Zahl der Geschäftsführer, die bisher 5 betrug, erhöht sich dadurch und durch die Zuwahl von Andreas Mirus, bisher Berlin, auf 7. In den Aufsichtsrat wurden Bästlein-Hamburg, Bauer-München, Hoffmann-Breslau, Gruschke-Nürnberg, Bleuel-Esslingen, Hartung-Königsberg, Lippmann-Dessau, Widmayer-Stuttgart, Kasch-Hamburg, Kohn-Dortmund und Paul Lange-Berlin gewählt.

SPD. Frankfurt/M., 19.Juni (Eig.Drahtb.)

Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen machte auf seinem zur Zeit hier stattfindenden Kongress, der von 2000 Delegierten besucht ist, gegen die Versuche der Reichsregierung, die Krankenversicherung zu verschlechtern, entschiedenes Front. Seine scharf ablehnende Kritik an dem Reformentwurf der Regierung fand die Zustimmung der anwesenden Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen, auch der Hirsch-Dunckerschen und der christlichen Gewerkschaftsvertreter, die den freien Gewerkschaften in ihrem Abwehrkampf Waffenbrüderschaft zusagten.

Dr. Memelsdorff vom Deutschen Städtetag sprach über "Die Zusammenarbeit von Versicherungsträgern und Städten". Er forderte eine Arbeitsgemeinschaft, wie sie die Richtlinien der Reichsregierung vorsehen. Nur so könnten die Kompetenzkonflikte vor allem in der Kostenfrage vermieden werden. Die Verhältnisse in der Tuberkulosefürsorge zeigten zur Genüge, wie notwendig eine nur durch Arbeitsgemeinschaft mögliche Planwirtschaft auf dem ganzen Fürsorgegebiet sei.

Professor Terhalle-Hamburg untersuchte das Verhältnis zwischen "Repara-

tionen und Sozialversicherung". Ende 1929 habe die Zahl der Versicherten 22 Millionen betragen gegen 16,12 Millionen im Jahre 1913/14. Die Sozialversicherungslast sei dreimal so hoch wie die Reparationsannuitäten. Das berechtige aber nicht zu dem oft gezogenen Schluss, die Sozialversicherung abzubauen. Notwendig sei nur eine Beseitigung der Misstände und Missbräuche.

SPD. Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit: "Die von einem Teil der Presse gebrachte Meldung, dass die Verhandlungen zwischen Industrie und Arbeiterschaft gescheitert seien, entspricht nicht den Tatsachen."

Wer hat nun recht? Ein Teil des Unternehmertums sagt, die Verhandlungen seien gescheitert, der andere behauptet das Gegenteil. Tatsächlich wird zur Stunde nicht mehr verhandelt, und es bestehen nach unserer Kenntnis der Dinge auch kaum irgendwelche Aussichten auf Weiterführung der Beratungen. Die Ankündigung der Unternehmerpresse, dass jetzt auf dem Weg der Gesetzgebung ein Lohnabbau diktat erzwungen werden soll, verrät im übrigen zur Genüge, dass vor allem dem in der Deutschen Volkspartei politisch organisierten Unternehmertum an einer Verhandlungsbereitschaft der Arbeiterschaft nichts mehr liegt.

SPD. Genf, 19. Juni (Eig. Drahtb.)
Die Bemühungen der Kohlenkommission des Internationalen Arbeitsamtes, zu einer Verständigung hinsichtlich der Arbeitszeit der Bergleute zu gelangen, sind nach dem Verlauf der Donnerstag-Sitzung der Kommission vorläufig als gescheitert zu betrachten.

In der Donnerstagsitzung wurde zunächst der Antrag des Arbeitsamtes, die Arbeitszeit für die Dauer von 3 Jahren auf 7 3/4 Stunden festzusetzen, und später auf 7 1/2 Stunden zu reduzieren, mit 24 gegen 15 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag der deutschen Regierung, die Arbeitszeit auf 7 3/4 Stunden festzusetzen und in den nächsten 3 Jahren eine Prüfung des Arbeitszeitproblems vorzunehmen, gelangte mit 18 gegen 14 Stimmen bei 15 Enthaltungen zur Ablehnung. Der Antrag der Arbeitgebergruppe für eine achtstündige Arbeitszeit wurde mit 24 gegen 19 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgewiesen. Die Arbeitnehmer stimmten bei sämtlichen Abstimmungen nicht einheitlich.

Der Vorsitzende der Kommission Dr. Brauns-Deutschland erklärte nach der Abstimmung, dass man die Beratungen des Konventionentwurfes fortsetzen wolle und die Vollkonferenz vielleicht doch noch eine Lösung finden werde. Diese Hoffnung ist leider trügerisch. Es wird allgemein angenommen, dass auf der gegenwärtigen Konferenz eine Verständigung nicht mehr erzielt wird.

SPD. Als Nachfolger des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer werden in unterrichteten Kreisen der gegenwärtige Wirtschaftsminister Dr. Dietrich und der preussische Finanzminister Höpker-Aschoff genannt. Dietrich soll jedoch entschlossen sein, das Amt abzulehnen. Von dem preussischen Finanzminister wird das Gleiche behauptet. Überhaupt scheint die demokratische Partei z.Zt. entschlossen, das Amt des Reichsfinanzministers nicht zu übernehmen.

Die Volkspartei hat auf die Wiederbesetzung des Reichsfinanzministeriums grossmütig verzichtet.

SPD. Antwerpen, 19. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein Fall unglaublicher Grausamkeit hat unter der Hafenbevölkerung von Antwerpen grosse Entrüstung hervorgerufen. Vor einigen Wochen verliess ein griechischer Dampfer den spanischen Hafen Huelva mit dem Ziele Gent. Auf hoher See wurden drei blinde Passagiere, spanische Knaben im Alter von 17 bis 18 Jahren, entdeckt. Ohne zu zögern, gab der Kapitän des Schiffes, ein Grieche, Befehl, die drei blinden Passagiere ins Meer zu werfen. Der Befehl wurde vor den Augen der entrüsteten Besatzung von den Offizieren ausgeführt. Diese unmenschliche Tat empörte die Frau des Kapitäns so, dass sie einen Revolver ergriff und ihren Mann niederzuschliessen drohte, wenn er nicht Befehl zur Rettung der drei Knaben erteile. Schliesslich liess der Kapitän ein Ruderboot bereitstellen. Der Mannschaft gelang es, zwei der Knaben zu retten, während der dritte in den Wellen verschwand. Der Dampfer setzte darauf seine Reise nach Gent fort. Dort angekommen wurde die gesamte Besatzung entlassen und durch eine neue ersetzt, worauf der Dampfer mit unbekannter Bestimmung den Hafen verliess. Die Mitglieder der alten Besatzung einschliesslich der zwei geretteten blinden Passagiere begaben sich nach Antwerpen, wo sie der Polizei von dem Vorfall Mitteilung machten.

SPD. Altona, 19. Juni (Eig. Drahtb.)

In dem Verfahren wegen der Bombenattentate hat die Strafkammer jetzt nach Ablauf der den Angeklagten bewilligten Erklärungsfrist das Hauptverfahren bei dem Schwurgericht in Altona eingeleitet. Das Verfahren richtet sich gegen die Angeklagten Hein, Polak, Nickels, Schmidt, Rathjen, Rehling, Wiborg, Johnsen, Weske, Matthews, Henning, Vick junior, Luhmann, Becker, Maneke, Rieper, die Eheleute Holländer, Bossen, Hamkens und Bruno von Salomon. Für die Angeklagten Hein, Polak, Nickels, Schmidt, Rehling, Johnsen und Rieper hat die Strafkammer Fortdauer der Untersuchungshaft beschlossen. Die übrigen Angeschuldigten sind ausser Verfolgung gesetzt worden. Die Anberaumung des Hauptverhandlungstermins ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

SPD. Brüssel, 19. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein schwerer Unfall hat sich in dem Kohlenbergbauorte Gilly bei Charleroi ereignet. Einer der riesigen Kohlenschlackenhügel, die den belgischen Kohlenlandschaften ihr besonderes Gepräge verleihen, geriet in der Nacht zum Donnerstag in Bewegung. Die gewaltigen Erdmassen stürzten auf die den Hügel umgrenzenden Häuserreihen. Sieben Bergarbeiterhäuser wurden verschüttet und ihre Einrichtungen zerstört. Zehn Häuser sind noch bedroht. Die Bewohner hatten die Gefahr rechtzeitig bemerkt, sodass Todesfälle nicht zu verzeichnen sind.

SPD. New York, 19. Juni (Eig. Drahtb.)

Admiral Byrd und seine 67 Südpol-Gefährten wurden am Donnerstag von der Bevölkerung New Yorks mit einem selbst für Amerika ungewöhnlichen festlichen Jubel empfangen. Der untere Broadway, den unzählige Fahnen förmlich zudeckten, war seit dem frühen Morgen voll von hunderttausenden begeisterter Menschen. Das Geschäfts- und Verkehrsleben kam völlig ins Stocken. Als Byrd und seine Gefährten nach stürmischer Begrüssung im Hafen im bunten Festzug durch den Broadway zum Rathaus geleitet wurden, fand die Begeisterung keine Grenzen mehr. 2000 Mann Bundesmilitär, Marinetruppen und Nationalmiliz nahmen neben riesigen Polizeiaufgeboten am Festzug teil. Das Luftschiff "Los Angeles", zwei Kleinluftschiffe und Dutzende von Flugzeugen kreisten ständig über dem Jubel. Vor dem Rathaus hatten die städtischen Behörden Aufstellung genommen. Sie überhäuferten die Polarhelden mit Auszeichnungen und Ehrungen. Am Abend reiste Admiral Byrd mit seinen Gefährten nach Washington.

Amerika von heute.

SPD. Washington, Mitte Juni (Eig. Bericht).

Mehr als 15 Jahrzehnte sind im bunten Wechsel der Geschehnisse über der amerikanischen Union dahingegangen. Sie haben das Erwachen eines nationalen Geistes, die mühselige Pionierarbeit von Generationen, das Zusammenschweissen widerstrebender Kräfte und endlich das vom eisernen Gesetz der Notwendigkeit diktierte stetige Zufügen eines Sternes nach dem anderen in das blauweissrote Unionsbanner gesehen. In kaleidoskopartigem Auf und Ab berief die langsam wachsende Nation Militärs, Anwälte und Abenteurer an ihre Spitze, sie alle in tastender Form um den endgültigen Guss der nationalen Einheit bemüht. Die ihrer Kräfte dumpf bewusste Union, die im Zeichen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und im Kampfe gegen britische Tyrannei geboren war, sah den Dingen unbeschwert ins Antlitz. Zu ihrer Gestaltung und Führung war ein jeder nach Massgabe seiner Fähigkeiten und Leistungen berufen. Jedermann waren gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten unter einer Verfassung geboten, deren damals revolutionäre Grundsätze sich bis heute erhalten haben.

Heute flattert das Sternenbanner weit über die nationalen Grenzen hinaus triumphierend in fernen Meeren, aber die Grundlagen haben sich geändert. Die gigantische Entwicklung Amerikas hat die Plutokratie, die Herrschaft einer Handvoll reicher Leute an das Staatsruder gebracht. Gleichheit, in der Verfassung und in den Gesetzen niedergelegt, von übereifrigen Patrioten bei jeder Gelegenheit unterstrichen, gehört im Kerne der Dinge bereits der Vergangenheit an. Das Geld regiert und spricht. Spricht allzudeutlich. Nicht einmal das beliebte Wort ist mehr wahr, dass die Herrscher Amerikas in der Wallstreet sitzen und durch ihre Leute und Mittelsmänner regieren lassen. Heute haben sie selbst die Zügel in die Hand genommen, sitzen auf den Regierungssesseln, im Bundeskongresse, in den leitenden Posten der 48 Bundesstaaten, kurzum, in all den Schlüsselpositionen, in denen über den zukünftigen Gang der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschehnisse entschieden wird.

Wer kann sagen, dass das Wort von der Plutokratie nicht berechtigt ist? Im Weissen Hause sitzt als Sprecher der Nation ein Mann, der ein Millionär ist. In seinem Kabinett sitzen sechs Männer, die Millionäre und Multimillionäre sind. Die Preise für Senatssitze schiessen wie Pilze in die Höhe. Gouverneurswahlen kosten Hunderttausende von Dollar. Um als Vertreter eines grösseren Staats in den Bundeskongress gewählt zu werden, heisst über riesige eigene Mittel und dementsprechende kapitalkräftige Hintermänner verfügen. Die Kandidatur eines Mannes mit wohlhabenden Mitteln, geschweige eines proletarischen Vertreters ohne eine reichlich fliessende Geldquelle erscheint einfach hoffnungslos.

Die nackten Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache. Vor wenigen Jahren gipfelten die Wahlausgaben des Senators Newberry von Michigan, die fast 200 000 Dollar erreichten, in einem nationalen Skandal. Dem gewählten Senator von Illinois, Smith, wurde vom Senatsplenum die Aufnahme in den Bundessenat in Anbetracht seiner Wahlkosten von 420 000 Dollar verweigert. Der Kampf um den Sitz des Senators Vare von Pennsylvania nahm fast zwei Jahre in Anspruch und wurde erst vor kurzem unter Führung des wirklich fortschrittlichen feuerköpfigen Senators Norris gegen ihn entschieden. Seine Wahlausgaben betragen nicht weniger als 785 000 Dollar. Die Primärwahlen von Illinois kosteten der Kandidatin Ruth Hanna McCormick 252 000 Dollar, eine Summe, die sogar in der politisch gleichgültigen amerikanischen Öffentlichkeit nicht geringe Aufregung verursachte. Dabei muss berücksichtigt werden, dass den Primärwahlen eine ganz untergeordnete und für den endgültigen Wahlausfall nur minimale Bedeutung zukommt und diese 252 000 Dollar aus der eigenen Tasche der Kandidatin bestritten wurden. Die Ausgaben der ihr nahestehenden Gruppen sind noch nicht festgestellt, aber weit höher und werden durch die kommende eigentliche Wahlkampagne eine bisher ungeahnte Anschwellung erfahren.

Und gar der Staat Pennsylvania, der von einer Ecke bis zur anderen von gegenseitigen Korruptionsanklagen widerhallt! Zwei Kandidaten sind vielfache

Millionäre und selbst Jim Davis, einem früheren Arbeiter und jetzigen Arbeitssekretär im Hoover-Kabinett, sagt man ein Vermögen von mindestens einer Million Dollar nach. Die bisher festgestellten Ausgaben des Senators Grundy, des Hauptschreiers im Tarifstreite, betragen 382 000 Dollar, die alle aus eigener Tasche bezahlt sind. Nichtsdestoweniger verlor er in der Primärwahl gegen Davis, dessen vorläufige Unkosten von dem Untersuchungskomitee des Bundessenats auf 366 000 Dollar beziffert worden sind. Mit den bevorstehenden eigentlichen Wahlausgaben wird der Senatssitz für Pennsylvania dem siegreichen Kandidaten die Kleinigkeit von etwa 600 000 Dollar kosten.

Man kommt um die interessante Frage nicht herum, was diese Finanzkapitäne solche Riesensummen für einen Senatssitz ausgeben lässt, der 10 000 Dollar im Jahre einbringt, Das macht bei einer sechsjährigen Amtszeit im Bundessenat 60 000 Dollar aus, denen im Falle Davis Unkosten von einer halben Million Dollar gegenüber stehen. Die Ausgaben sind von dem Sieger nicht etwa aus eigener Tasche bestritten worden. Seine persönlichen Ausgaben waren nur 10 541 Dollar. Der Rest stammte aus den Beiträgen schwerreicher Industrieller, aus den Kassen führender Eisenbahngruppen und der Baldwin-Lokomotivwerke und nicht zuletzt aus den unerschöpflichen Riesentaschen der vielfachen Industrieinteressen des Finanzsekretärs der Vereinigten Staaten, Andrew Mellon. Mellon, der einer der reichsten Männer Amerikas ist und den Aluminium-Weltmarkt kontrolliert, gab aber vorsichtshalber nicht nur einer Seite, sondern beiden, und zwar so reichlich, dass die Einkünfte aus dem heissumkämpften Senatssitz bereits weit überzahlt sind. So waren er und seine Interessen wenigstens sicher, in keinem Falle und wie immer auch die Wahl ausfallen mag, der Leidtragende zu sein.

Menschenfreunde und Optimisten werden natürlich sagen, dass den reichen Amerikanern daran gelegen ist, ihrer moralischen Verpflichtung vor dem Volksganzen durch eine aktive Teilnahme an der Regierung nachzukommen. Bis vor wenigen Jahren wurden diese Dinge derart gehandhabt, dass die Unkosten der von den Parteien und Interessengruppen aufgestellten Kandidaten von den Spenden der Finanziers und der Industriellen bestritten wurden. Darin lag zwar auch eine gewisse Abhängigkeit, aber im grossen und ganzen waren dem Parlamentarier die Hände durch eine bestimmte Marschroute nicht gebunden. Jetzt haben sich die Geldgeber zu der Ueberzeugung durchgerungen, selbst die Gesetze zu machen und für ihre Durchführung zu sorgen. Eine derartige Stellungnahme ist ein interessantes Anzeichen für die kommende Verschärfung der Klassengegensätze in Amerika, und ein unfreiwilliges Eingeständnis, dass auch den zuverlässigsten Dienern des Systems nicht mehr zu trauen ist, wenn es hart auf hart geht. Der logische Schluss, die öffentlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen, liegt auf der Hand. Unter diesen Anzeichen mag es nur noch eine geringe Zeitspanne dauern, bis auf den Regierungssesseln und im Bundeskongresse ein Rat der Millicräre und Wirtschaftskapitäne sitzt, während das Volk der "Freien und Gleichen" aufzuwachen und erstaunt zu überlegen beginnt, wie es eigentlich gehört werden kann. Liberale Kreise beklagen diese Entwicklung, bezeichnen sie als unfair und als ein Spott auf das Prinzip der Selbstregierung. Gegenmassnahmen werden erwogen, um dieser überhandnehmenden Herrschaft der oberen 400 entgegen zu treten. Man spricht von gesetzlicher Begrenzung der Wahlausgaben, von parlamentarischer Kontrolle, um das langsam in die Brüche gehende Vertrauen der Nation in seine gesetzlichen Körperschaften wiederherzustellen.

Dies alles sind nur Heilmittel, die mit dem Kern der Krankheit nichts zu tun haben. Worauf es für die amerikanischen Massen ankommt, denen eine aufgeklärte Interessendiktatur bevorsteht, ist, sich Sitz und Stimme zu verschaffen und ihren Forderungen lauten Ausdruck zu verleihen. Für eine Nation von 120 Millionen Menschen, in ihrer überwältigenden Mehrzahl erbarmungslos ausgebeutete Proletarier und Lohnknechte, darf es nur eine Antwort auf diese ungeheure Drohung geben. Der Aufbau einer Arbeiterpartei bekommt eine Notwendigkeit, einer Partei, die die Massen um sich zu sammeln und ihre ungeheure Stimmkraft auszunutzen versteht. Solange aber die denkenden fortschrittlichen Elemente Amerikas der Entwicklung mit den Händen im Schoosse folgen, ist das Schicksal der Nation einer Gruppe von Männern ausgeliefert, die man an den Fingern abzählen kann.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Schlag ins Kontor.

SPD. Das Uniformverbot in Bayern, Preussen und Baden hat bei den Hakenkreuzlern eingeschlagen wie eine Bombe. Es packt sie am empfindlichsten Teil, eben der Uniform. Bei den Hakenkreuzlern gilt wie nirgends anders der Satz: die Uniform ist der Mensch, ohne Uniform ist der Mensch ein Nichts. Sie suchen krampfhaft Wege zur Umgehung des Verbots. Aus der nationalsozialistischen Presse ertönt ein einziger Wutschrei. In Berlin fordern die Hakenkreuzler ihre Anhänger auf, Massenklagen gegen den Polizeipräsidenten auf Aufhebung des Verbotes einzureichen.

Der geheimste Grund für den Teutonenzorn derer vom Hakenkreuz ist, dass den leitenden Männern durch das Uniformverbot ein glänzendes Geschäft versalzen worden ist. Das Verbot ist daher im wahrsten Sinne ein Schlag ins Kontor. Unmittelbar vor dem Erlass des Verbots las man im "Völkischen Beobachter" ein Rieseninserat:

"Vorschriftsmässige S.A.-Bekleidung und Ausrüstung nur beim Zeugmeister und seinen parteiamtlichen Vertriebsstellen. Zeugmeisterei Nord, Hannover, Zeugmeisterei Ruhr-Elberfeld, Zeugmeisterei West-Kassel, Zeugmeisterei Ost-Berlin, Zeugmeisterei Mitte-Dresden, Zeugmeisterei Süd-München."

Und was da alles vertrieben wird: S.A.-Diensthemden, S.A.-Dienstmützen, S.A.-Leibriemen, S.A.-Schulterriemen, S.A.-Koppelschlösser, Armbinden, vorschriftsmässige Abzeichen, Kragenspiegel, Zweifarbenschnüre, Fahnen, Windjaken, Hosen, Gamaschen, Tornister, Kochgeschirre, Brotbeutel, Zeltbahnen - die Fortsetzung der Liste geht bis ins Aschgraue.

Das ist also eine ganz ansehnliche Industrie, die sich da aufgetan hat! die braven S.A.-Männer, die gemeinen Soldaten vom Hakenkreuz, die auf der Strasse prügeln und sich verprügeln lassen müssen, werden von ihren Offizieren, den Herrschaften vom Hakenkreuz, ganz unvermerkt, aber kräftig geschöpft. Es entstehen dabei sehr interessante Fragen: Was wird mit dem Gewinn dieser zentralen Zeugmeisterei? Und vor allem: welche Bezüge erhalten beispielsweise Herr Hitler und der oberste S.A.-Führer von Pfeffer, von ihrer Partei? Nach dem Lebensstandard und dem Auftreten des Herrn Hitler in München müssen diese Bezüge enorm sein. Ist ihr Ausmass ein Geschäftsgeheimnis der Firma Hakenkreuz oder wird man Näheres darüber erfahren? Wir erlauben uns jedenfalls die bescheidene Anfrage: wie hoch ist die zivilliste des Herrn Hitler?

Göbbels und die Judenvisagen.

Der "Angriff" des Herrn Göbbels nimmt in folgender Form zum Uniformverbot Stellung: "Man wird einwenden, die nationalsozialistische Uniform sei provozierend für Andersgesinnte. Nun, jüdische Visagen sind auch provozierend für Andersgesinnte, will Herr Waentig nun etwa auch das öffentliche Auftreten dieser Judenvisagen verbieten? Oder müssen dazu erst ebenso viele Juden überfallen und niedergeschlagen werden, wie man vorher Nationalsozialisten überfiel und niedermachte, um das Verbot des Braunhemdes zu begründen."

Abgesehen von der Gemeinheit des Ausdrucks ist dies eine unverhohlene Aufforderung, Juden auf der Strasse zu überfallen. Und das ausgerechnet bei Göbbels! Er mag sich künftig ein grosses Hakenkreuz vors Gesicht binden, damit man ihn nicht mit einer "Judenvisage" verwechselt.

Hakenkreuz-Pornographie.

Die Führer der Hakenkreuzler scheren ihre Schäflein, wie sie können. Sie wissen, wes Geistes Kinder sie sind. Der Nürnberger hakenkreuzlerische Stadtrat Gengler bietet den Hakenkreuzleuten die folgende Schrift an :

"Eine wirksame Waffe gegen die Schänder des deutschen Blutes, die beste Aufklärung für die von Juden bedrohte deutsche Frauenwelt ist die in Flugblattform erschienene Rede "Judengier und deutsche Frauenehre" des bekannten Nationalsozialisten Franz Gengler-Nürnberg. Von Judenblättern, wie C.V.-Zeitung und "Alarm" wütend bekämpft und daher den Deutschen bestens empfohlen. Zu beziehen von Stadtrat Gengler-Nürnberg."

Dies Inserat ist vom "Völkischen Beobachter" offiziell aufgenommen worden. Judengier und deutsche Frauenehre - Herr Gengler rechnet auf Massenabsatz bei denen, die sich an einer solchen Schrift aufreizen wollen. Auch eine Form der pornographischen Literatur. Es ist selbstverständlich, dass Herr Gengler dabei laut schreit über die Sittenverderbnis des deutschen Volkes durch pornographische Schmutzliteratur!

Wie sie verleumden.

In der nationalsozialistischen Presse wird eine Liste von Rechtsanwälten mit jüdisch klingenden Namen veröffentlicht, die sich Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen. Es ist eine Liste von 24 Fällen. Mitten in der Aufzählung von Betrügern, Defraudanten, Wechselfälschern und Spielern findet sich die folgende Notiz :

"Reichsbanneranwalt Falkenfeld und Frau vergifteten sich in Frankfurt/O. Vermögenszerrüttung durch zu üppiges Leben."

Tatsache ist, dass die Praxis von Falkenfeld schlecht ging, dass er krank war und schliesslich nach einem völligen Nervenzusammenbruch Selbstmord beging. Es ist ein Schicksal ohne Schuld, aber die nationalsozialistischen Verleumder wollen den Eindruck erwecken, als sei er einer jener betrügerischen Anwälte, die in der letzten Zeit häufig genannt wurden. Diese Methode der Verleumdung gegen einen Toten, der sich nicht zur Wehr setzen kann, ist unsagbar widerlich und unendlich feig!

Der gute Ton bei Killinger.

Der Führer der Hakenkreuzler im sächsischen Landtag ist der bekannte Killinger. Also sprach er im sächsischen Landtag:

"Der Kerl ist besoffen, aber ein notorisches Schwein - so ein Zehntausend-Tonnen-Rindvieh - der Ministerpräsident ist ein stummer Bock - halt dein Maul, Ferkel - das Wohlfahrtsministerium ist ein Saustall - die Revolution begann, als Spartakus das Haupt erhob, als man den Minister Neuring in die Elbe kippte und Scheibenschiessen auf ihn machte, bis er verunglückte - es kommt die Zeit, wo wir euch Sozialdemokraten den Fehdehandschuh hinwerfen; aber nicht in der Form eines Königskopfes, sondern in Form von abgeschlagenen Köpfen eurer Parteibonzen, und den Tag werden wir feiern!"

Es sind feine Leute, die Killinger, Hitler, Frick und Genossen und ihr Ton ist noch feiner!

Aus aller Welt

Weniger Lungentote!

Friedmann auch ein Beitrag zum Thema "Calmette" - eine Entdeckung wird tot geschwiegen - Gewissenfragen zum Lübecker Kindersterben.

SPD. Die Säuglingskatastrophe von Lübeck hat mit erschreckender Deutlichkeit wieder einmal das verhängnisvollste Merkmal jeder kapitalistisch beherrschten Zeit offenbart: die Aufdeckung ihrer Krebschäden müssen, wenn sie überhaupt ans Tageslicht kommen, von der Allgemeinheit stets mit schwersten Opfern bezahlt werden. In Lübeck mussten erst einmal ganz plötzlich 9 Kinder sterben, bevor die Öffentlichkeit erkannte, dass hier etwas faul ist im Staate der Medizin.

Das Lübecker Kindersterben deutet in dieser Hinsicht auf eine Unterlassungssünde hin, deren Folgen einen bisher noch nie dagewesenen Umfang angenommen haben. Denn dieser Unterlassungssünde fallen noch immer in Deutschland Tausende von Kranken jährlich zum Opfer. Da die breitere Öffentlichkeit über die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erstmalig aufgedeckte fahrlässige Unterlassung noch nicht unterrichtet wurde, rollen wir sie hier zum ersten Mal in allen ihren Einzelheiten auf. Die unerhörte Tatsache, dass ein Heilmittel gegen Tuberkulose aus vielleicht nicht ganz rätselhaften Gründen unterdrückt wird, müsste von allen Interessierten aufs schärfste bekämpft und von den Strafgerichten verhindert werden. Dieser Kampf ist heute um so notwendiger, als das andre grosse Tuberkuloseserum, das Calmettesche, jahrzehntelang in Deutschland auf das grösste Misstrauen stossen wird.

Im Jahre 1912 entdeckte Dr. Franz Friedrich Friedmann - heute Professor für Tuberkulosebekämpfung an der Universität Berlin - eine Schutz- und Heilimpfung gegen Tuberkulose. Nach den 18-jährigen ausserordentlich grossen Erfahrungen und Feststellungen anerkannter Fachautoritäten ist dieser lebende Heilstoff nicht nur vollkommen unschädlich, sondern hat auch in zahlreichen Fällen von sogenannter chirurgischer Tuberkulose, d. h. bei tuberkulösen Erkrankungen der Knochen, Gelenke, Drüsen, Nieren, der Blase, des Bauchfells, der Augen, Ohren und der Haut - ohne alle chirurgischen Eingriffe bei Erwachsenen und Kindern zu vollständiger und dauernder Heilung geführt.

Diese Tatsache ist zuerst von einem staatlichen Prüfungsausschuss von Fachautoritäten 1922 bestätigt worden. Führende Kliniker wie Geheimer Geh. Med.-Rat Prof. Tillmann-Leipzig, die Professoren Schleich und Dührssen: Berlin, Geh. med. Rat Dörrnberg-Soest, Göpel-Leipzig, Blos-Karlsruhe, Prof. Vogel-Dortmund, Prof. Belfanti-Mailand, Prof. Stojanoff-Sofia, Prof. Isaason-Rio de Janeiro, hunderte ungarischer, spanischer, mexikanischer Aerzte haben sich auf Grund vieljähriger eigener Erfahrungen an grösstem Krankenmaterial immer wieder für das Friedmann'sche Mittel eingesetzt! In verschiedenen südamerikanischen Staaten wurde es von amtswegen eingeführt und empfohlen.

So müsste heute jeder gewissenhafte Arzt, bevor er das Messer an ein tuberkulöses Gelenk oder Organ legt, das Friedmann'sche Heilmittel wenigstens versuchen! Denn der operative Eingriff bringt dem Kranken nicht nur keine Heilung, sondern meistens noch obendrein neue tuberkulöse Herde durch die blutige Eröffnung und künstliche Einschleppung des tuberkulösen Giftes in die Blut- und Lymphgefässe. Kranke, die durch eine oder zwei schmerzlose Impfungen hätten geheilt werden können, werden auf diese Weise einem endlosen Siechtum oder der schnell tödlichen Hirnhaut- oder allgemeinen Miliartuberkulose überliefert.

Die noch vielfach angewendeten qualvollen Behandlungen (namentlich der Wirbelsäulen-Tuberkulose) im Gipsbett mit Streckapparaten, und die langwierige und ebenso erfolglose Bestrahlung mit natürlicher oder künstlicher Höhensonne sind ebenfalls zu verwerfen. Selbst der Schöpfer der für so viele andere Leiden wohlthätigen künstlichen Höhensonnenbehandlung, Dr. Franz Nagelschmidt-Berlin, hat selbst veröffentlicht, dass Höhensonne bei Tuberkulose zu unterlassen ist und dass er seine tuberkulösen Patienten jetzt nur noch auf viel einfacherer Weise mit der Friedmann'schen Impfung heile! Diese Impfung aber wird von der Mehrzahl deutscher Aerzte in sträflicher Weise totgeschwiegen.

Die bei Lungentuberkulose in Deutschland vielfach noch unverantwortlicherweise angewendeten Serienspritzen mit den verschiedenen ausnahmslos schädlichen Tuberkulinen, Arsenen, Kupfer- und Goldsalzes sind als immer wieder misslungene Versuche zu verwerfen. In Frankreich wird Tuberkulin schon lange nicht mehr benutzt. Nur die zeitweilige Stilllegung einer Lunge durch Luftenblasung kann unter Umständen der Friedmann'schen Heilimpfung vorhergehen. Desgleichen ist gegen Heilstättenkuren nichts einzuwenden. Die dem Patienten gewiss zu gönnende Ruhe und durch Küstung erzielte Gewichtszunahme bedeutet allerdings nicht viel. Denn nach vorliegenden Statistiken aus Ungarn, das kürzlich die Friedmann'sche Impfung offiziell einführte, werden durch die Heilstättenbehandlung nur 3 % der Lungentuberkulösen geheilt, während durch die Friedmann-Behandlung 98 % aller Behandelten geheilt wurden.

Was aber erleben wir durch die päpstlich eingestellte Aerzteschaft? Ein Arzt zum Beispiel, der das Friedmann'sche Mittel in seiner Klinik mit grossem Erfolge anwandte, sandte einen Bericht über diesen 90%igen Erfolg an die von Geheimrat Schwalbe redigierte "Deutsche Medizinische Wochenschrift". Schwalbe strich aus diesem Bericht die 90 Erfolge und veröffentlichte nur - die 10 Misserfolge. Geheimrat Kraus hatte ebenfalls - wie Geheimrat Dührssen unserm Mitarbeiter erzählte - grosse Erfolge mit dem Friedmann-Mittel erzielt. Als er einen Bericht darüber veröffentlichen wollte, suchte eine Reihe massgebender Aerzte ihn auf und überredete ihn, seinen Bericht zu unterlassen.

Warum also wird das Friedmann'sche Mittel trotz aller seiner Erfolge nur in jenen Ländern verimpft, wo amtliche Stellen diese Anwendung erzwingen? Sprechen da, wie man in Laienkreisen vielfach vermutet, persönliche oder gar wirtschaftliche Gründe mit? Diese Frage lässt sich sehr schwer entscheiden. Aber sie drängt zur Entscheidung!

Wer Ohren hat, muss hören, wie in tausenden von Krankenhäusern der ganzen Welt Millionen von Tuberkulösen in ihren Schmerzen stöhnen. Gräberfelder in der ganzen Welt verlangen jetzt endlich die energische Bekämpfung der Tuberkulose! Noch einmal: gegen das Calmette'sche Mittel wird, berechtigt oder unberechtigt, für lange Jahre ein unüberwindliches Misstrauen warnen. Es ist dringend notwendig, dass man sich nunmehr ehrlich mit Friedmann auseinandersetzt, und - wahrscheinlich wird es sogar notwendig werden, dass man auch durch die positive Tat zu ihm Stellung nimmt. Die Todgeweihten der Tuberkulose sind die wichtigsten Anwärter auf dem Fortschritt der Medizin. Es muss etwas für sie geschehen!

+ + +

Braunschweig-Rom in 7 Stunden! Ein Flugzeug der Deutschen Verkehrsfliegerschule aus Braunschweig, das mit dem Ausbildungsleiter Keller dem Flugkapitän Steindorff und einem Monteur besetzt war, flog in 7 Stunden 15 Minuten von Braunschweig nach Rom. Zweck des Fluges war Erforschung der meteorologischen Verhältnisse über den Alpen und die Prüfung verschiedener neuer Messinstrumente. Das Flugzeug startete nach zweieinhalbstündigen Aufenthalt in Rom zum Rückflug.

+ + +

Zahnarzt Gutmann-Doppelmörder?

Beginn des Riesenprozesses gegen den Schwedter Gattenmörder - Die Ehe tragödien des Angeklagten - Ein neues sensationelles Geständnis.

SPD. Prenzlau, 19. Juni (Eig. Drahtber.)

In Prenzlau begann am Donnerstag vormittag der Prozess gegen den Zahnarzt Dr. Fritz Gutmann aus Schwedt, der beschuldigt ist, seine zweite Frau ermordet zu haben, um in den Besitz einer Versicherungssumme in Höhe von 50000 Mark zu gelangen. Ausserdem steht der Angeklagte im Verdacht, vor sieben Jahren seine erste Frau vergiftet zu haben. Der Andrang zu der Verhandlung, die vorerst auf 6 Tage angesetzt ist, ist ausserordentlich. 61 geladene Zeugen sind erschienen, zahlreiche Sachverständige, darunter Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, Professor Brüning-Berlin, Freiherr von Mahrenholz-Berlin, Professor Dr. Forster-Greifswald, Professor Bonin-Greifswald. Etwa 30 in- und ausländische Journalisten zücken gespannt den Füllfederhalter. Prenzlaus Hotelgewerbe hat einen grossen Tag. Aus Schwedt, wo Gutmann seine Zahnarzt-Praxis ausübte, sind die Leute in hellen Scharen gekommen und stehen nun sehr enttäuscht auf dem Gerichtskorridor, weil die wenigen Zuschauerbänke schon längst überfüllt sind. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Achilles. Die Anklage vertritt temperamentvoll und manchmal recht aggressiv Oberstaatsanwalt Hardt.

Der Tod der Rosi Ferber.

Am 26. November 1929 befand sich das Städtchen Schwedt in grösster Aufregung. Die Frau des Zahnarztes Gutmann, eine geborene Rosi Ferber, war über Nacht gestorben. Gutmann hatte einen zweifelhaften Ruf, man munkelte allerhand über ihn. Seine erste Frau, eine frühere Krankenschwester namens Helene Baer war im Jahre 1922 ebenfalls ganz plötzlich unter mysteriösen Umständen verschieden. Gutmann täuschte zuerst einen Unglücksfall vor. Sehr bald aber verdichtete sich der Verdacht gegen den Zahnarzt, der schliesslich verhaftet wurde. Gutmann, der zuerst beharrlich leugnete und ungemein erfindungsreich auf immer neue Ausrede kam, brach schliesslich zusammen. Er gab zu, seiner Frau ein Handtuch über den Mund gebunden zu haben, angeblich, um sie endlich zum Schweigen zu bringen. Dann wäre er aus dem Zimmer gegangen, und währenddessen sei die Frau erstickt. Belastend für Gutmann war aber, dass er einen Selbstmord seiner Frau vorgetäuscht weiterhin die Tatsache, dass er sie, kurz vor dem gewaltsamen Tode dreimal sehr hoch auf Tod und Invalidität versichert hatte, wobei er die Unterschriften fälschte. Höchstwahrscheinlich hat die Frau von dieser Versicherung nichts gewusst.

Die Untersuchung im Falle der ersten Frau des Zahnarztes verlief ergebnislos. In dem ausgegrabenen Körperrest der im Jahre 1923 verschieden Helene Gutmann konnten keine Giftstoffe mehr gefunden werden. Das Verfahren in dieser Sache wurde eingestellt.

Der degenerierte Angeklagte.

Der Angeklagte, der von Rechtsanwalt Dr. Frey-Berlin verteidigt wird, beginnt mit farbigen Gesten dunkel tremolierender Stimme die Geschichte seines Lebens zu erzählen. Man merkt: verbissen, zäh, mit einer nicht alltäglichen Dialektik kämpft hier einer um seine Existenz. Ein merkwürdiger, seltsam verwitterter Kopf mit spitz zulaufendem Mund, mit dunkeln, angstvoll-unsteten Augen, durch die manchmal ganz versteckt das Plimmern eines gehetzten Menschen bricht. Die tiefen Ringe um die Augen, die hart und wulstig vorspringenden Backenknochen, und die schweifenden Griffe der dünnen, zittrigen, nervösen Hände lassen aus der Persönlichkeit des zweifellos intelligenten Mannes etwas Krankhaftes strahlen. Wenn Gutmann, oft mehr für sich als für die anderen schauspielernd, in fast narcissistischer Neigung zur Selbstanalyse romantisch von sich schwärmt und feststellt, dass er eine weiche und überschwengliche Natur sei, wenn er sich in hässlicher Weise darüber mokiert, dass seine Frau in Galizien geboren ist.

"Aber das habe ich ja erst später erfahren!", sagt er, sich geradezu entschuldigend - zeichnet ihn dies als das, was er ist: als einen unglücklichen, degenerierten Menschen, der mit dem Mut der Verzweiflung um seinen Kopf kämpft, aber doch schon jeden Halt, auch den der Selbstwürde, gänzlich verloren hat.

Der Roman des Bürgersohns.

Der autobiographische Vortrag, der auch die geringfügigsten Details unständig und weitschweifig behandelt, dauert, selten von Fragen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts unterbrochen, viele Stunden. "Ich habe - so beginnt der Angeklagte - eine sorgfältige Erziehung genossen. "Meine Eltern wachten mit grosser Liebe über meine Entwicklung". Aber sein Vater soll der schlechteste "Psychologe" gewesen sein, den er je gekannt habe. Er habe bei aller Liebe nicht das mindeste Verständnis für ihn gehabt und bei seinem hemmungslosen Mitteilungsbedürfnis ihn bei Verwandten und Bekannten zuerst in den Ruf eines Taugenichts gebracht. Gutmann bestand sein Abitur, studierte in Berlin und Bonn wo er schliesslich promovierte. Vorsitzender: "Als Sie Bonn verliessen, hinterliessen Sie doch eine grosse Menge Schulden?" - "Ich war ein flotter, aber auch fleissiger Student. Das mit den Schulden war nicht so erheblich, so etwa 1 000 Mark, die hat dann mein Vater bezahlt." In Bonn hatte Gutmann auch einen Ehrenhandel in seiner Verbindung, weil er 20 Mark aus der Verbindungskasse unterschlug.

Nachher wurde Gutmann Volontär-Assistent in der Zahnarzt-Praxis seines Vaters, schliesslich aber nach Amerika abgeschoben, weil er Patientengelder für sich verwandt hatte. Inzwischen war eine Verlobung Gutmanns in die Brüche gegangen. In Amerika sei es ihm, berichtet der Angeklagte, sehr schlecht gegangen. Als der Krieg ausbrach, liess er sich von Auslandsdeutschen Geld geben zur Ueberfahrt, weil er, wie er sagt, "überzeugt war, dass der Krieg ohne ihn nicht zu gewinnen wäre."

Cyankali und das "Frühstück".

Im Kriege, den er als Feldarzt mitmachte, lernte er die Krankenschwester Helene Baer kennen, die er gegen den Willen seiner Eltern heiratete. Frau Gutmann-Baer war Morphinistin und starb am 22. Dezember 1922, angeblich am Herzschlag. Hier wird der Staatsanwalt aktiv und beleuchtet einige sehr verdächtige Momente, die mit diesem Todesfall in Berührung stehen. Als Rechtsanwalt Frey Bedenken äussert, ruft der Angeklagte mit erhöhter Stimme: "Es ist mit besonders viel daran gelegen, dass auch dieser Fall restlos geklärt wird." Auf die Frage, wozu er das in seinem Operationszimmer aufbewahrte Cyankali benutzt habe, antwortete Gutmann zum Erstaunen des Gerichts: "Zu photographischen Experimenten". Mit dem Apotheker Taggeselle hat sich Gutmann, das gibt er zu, wiederholt darüber unterhalten, mit welchem Gift man einen Menschen am besten töten könne, und einem Arzt, der ihn besuchte, in bezug auf sein Cyankali in seltsamer Scherz zugerufen: "Sowas sollte man irgendwem zum Frühstück eingeben".

Die Frau für Sanierungszwecke.

1923 heiratete Gutmann zum zweiten Male, und zwar ein galizisches Mädchen namens Rosi Ferber, das ihn sanieren soll. Aber es geht immer mehr abwärts mit ihm. Der Hausrat wird gepfändet, die Wohnung wegen eines vielmonatigen Mietrückstandes gekündigt, die Schulden wachsen immer mehr ins Uferlose. Um diese Zeit fälscht Gutmann Wechselunterschriften, um sich dadurch Geld zu verschaffen. Und jetzt beginnt Gutmann mit mehreren Versicherungsgesellschaften zu verhandeln. Er fälscht die Unterschrift seiner Frau, wie er angibt, mit Wissen der Ermordeten, um sie in ungewöhnlicher Weise auf Tod zu versichern. Zwei Tage vor dem Mord wird die Versicherungsprämie eingezahlt. Gutmann sucht vergeblich, diese schwerbelastenden Umstände ins Harmlose umzubiegen. Sehr unangenehm berührt es, wie der Angeklagte seine tote Frau auch heute noch beschimpft und ihr u.a. "bödenlose Gemeinheit" und einen "kleinlichen Charakter" vorwirft.

Wie der Mord geschah.

"Meine Frau begann ganz ohne Grund, wie sie es oft getan hat, mit einer Kabbele". - "Ich muss ein neues Kleid haben, den Fetzen kann ich nicht mehr anziehen". - "Lass, Rosi", habe ich begütigend gesagt, sie antwortete aber: "Ich kann ja meine Unterschrift unter den Wechseln leugnen, hast mich ja gelehrt so zu schreiben!" Diese Bemerkung brachte mich in sinnlose Wut. Ich stürzte mich über meine Frau und wusste nicht mehr, was ich tat. Ich schlang ihr das Tuch um den Hals". Nach einer Pause, sehr erregt: "Weiter weiss ich nichts. Ich muss völlig das Bewusstsein verloren haben." Nun ergreift der Staatsanwalt das Wort. "Nanu, das ist ja eine ganz neue Darstellung". Hier hakt auch der Vorsitzende ein. Er sagt, früher habe Gutmann andere Angaben über den Hergang der Tat gemacht. Gutmann äussert sich dazu folgendermassen: "Ich habe bei meinen ersten Aussagen eine grosse Dummheit gemacht, weil ich unter dem Eindruck der Tat stand. Ich habe den Schluss der Unterredung mit meiner Frau verschwiegen, ich wollte sie schonen und wollte für meine Kinder sorgen. Deshalb liess mich auch der Vorwurf kalt, dass ich meine Frau mit Absicht getötet habe. Das mit dem Handtuch, das kann ich heute natürlich auch nicht fest behaupten. Ich nehme an, dass ich meiner Frau das Handtuch um den Hals warf und dass ich sie gleichzeitig auf die Chaiselongue drückte. Dann bin ich wohl über sie hergestürzt und zufällig mit dem ausgespreizten Dammen auf den Kehlkopf geraten". Später, aufbrausend: "Um mich ist nichts als Hohn und Spott. Auf meinen Brief an den Nachlasspfleger, in dem ich anfragte, wie es meinen Kindern geht, habe ich auf einer Postkarte diese Antwort erhalten: "Ihre Kinder haben sich damit abgefunden, dass ihr Vater gestorben ist!"

Das Pappmodell des Mordzimmers.

Im Laufe des Nachmittags kommt es zu heftigen Zusammenstössen zwischen der Staatsanwaltschaft und Dr. Frey, der dem Oberstaatsanwalt fehlerhafte Untersuchungsführung vorwirft. Ferner kommt es zu einem sehr interessanten Experiment. An Hand eines im Gerichtssaal aufgestellten Pappmodells der Gutmannschen Wohnung demonstriert der Angeklagte die Lage des Wohnzimmers und der Chaiselongue, auf der er seine Frau erwürgt hat. Richter, Sachverständige und Presseluete umdrängen in dichter Menge den Angeklagten, der mit zitternden Händen und erregter Stimme eine detaillierte Schilderung der verhängnisvollen Nacht gibt. Als er sich auf seinen Platz zurückbegibt, sieht er leichenblass aus. - Dann beginnen die Zeugenvernehmungen, durch die sich zuerst keine wesentlich neuen Momente ergeben. Gutmann ist reichlich abgespannt. Der erste Tag war für ihn, wie für alle Beteiligten der Verhandlung, eine grosse Strapaze. Nun, nach dem neuartigen Geständnis des Angeklagten ist anzunehmen, dass es in diesem sensationellen Prozess noch manche strapaziöse Stunde geben wird, ehe die Wahrheit ans Licht kommt. Wenn sie kommt.....

Neun Häuser eingestürzt. Durch den plötzlichen Zusammenbruch einer Abraumhalde der Vereinigten Kohlengruben von Gilly bei Charleroi (Frankreich) stürzten neun Häuser sein; die Bewohner konnten sich rechtzeitig retten.

Abgestürzt. Zwei polnische Militärflugzeuge stürzten in der Nähe des Militärflugplatzes Denbiin ab. Die beiden Piloten verunglückten tödlich, die Beobachter wurden schwer verletzt.

Vierzig Anwesen verbrannt. Ein Grossfeuer äscherte in der Gemeinde Opatau in Mähren 40 Anwesen mit etwa hundert Gebäuden ein. Pfarrhaus, Post und Schule brannten bis auf die Grundmauern nieder. Ein Bauer kam in den Flammen um.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

2.Tag III.Klasse - Vormittags-Ziehung vom 19.Juni.

2 Gewinne zu je	100 000 Mark:	232540			
2 Gewinne zu je	5 000 Mark:	197212			
2 Gewinne zu je	3 000 Mark:	214526			
4 Gewinne zu je	2 000 Mark:	22170	349370		
4 Gewinne zu je	1 000 Mark:	43504	92378		
10 Gewinne zu je	800 Mark:	9599	79866	138900	380787 395639
28 Gewinne zu je	500 Mark:	46409	112502	134508	147577 189562
		198722	220879	224193	254254 262431
		276693	289087	301943	391989
84 Gewinne zu je	400 Mark:	5294	16683	28042	30755 45845
		55390	56702	63965	67751 90257
		111601	115963	119860	125683 150574
		162437	171375	177049	185082 188027
		193160	207401	216708	216979 222845
		239809	255606	263548	297765 317164
		318188	319894	323093	324185 331253
		341434	348565	373600	374167 378398
		376667	394915		
244 Gewinne zu je	240 Mark:	5765	6607	10587	10725 11397
		20199	20456	23379	23793 26011
		26579	27084	28429	32787 34765
		40533	42009	42222	43447 47556
		51762	51913	52162	52322 56247
		58211	66199	67338	69655 72802
		81558	83373	83641	84037 90347
		90485	91108	95721	96419 98229
		98860	98950	104654	106515 109086
		109343	111115	114607	115458 116380
		121212	128267	128718	130737 132258
		134999	139212	148283	149046 154806
		156863	161236	166252	167632 168472
		170406	176330	176403	177016 177498
		179271	181427	182746	186739 194026
		198247	199284	207315	217175 224472
		230507	231465	232704	241445 243564
		246000	250416	267497	267687 269324
		271989	278752	279042	280110 280837
		282679	284230	285567	295287 302581
		303346	304240	304760	308188 309087
		315568	333247	333300	334454 338003
		339103	341575	352237	353498 358560
		358837	369026	373286	379063 379118
		394508	394936		

Die in der heutigen Vormittagsziehung gezogenen beiden Hauptgewinne zu je 100 000 Mark fielen auf Nr. 232540 in Abtlg. I nach: Berlin.
in Abtlg. II " : Essen.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

2.Tag III.Klasse - Nachmittags-Ziehung vom 19.Juni.

2 Gewinne zu je	10 000 Mark:	241956				
4 Gewinne zu je	3 000 Mark:	68427	332901			
2 Gewinne zu je	2 000 Mark:	45292				
12 Gewinne zu je	1 000 Mark:	15192	91729	147891	204499	249848
		284399				
18 Gewinne zu je	800 Mark:	39680	44200	116021	124353	155131
		231671	271985	307907	375524	
18 Gewinne zu je	500 Mark:	15307	32855	34542	84658	108821
		149906	183220	197398	352270	
88 Gewinne zu je	400 Mark:	6520	9786	32573	35109	40835
		57927	75652	75690	88198	88559
		93230	103942	106136	119429	133767
		135173	135863	185393	186121	188688
		194191	211302	216368	247175	277985
		278193	279744	295702	307529	313707
		316331	320895	328744	331218	334126
		337820	343540	346504	349154	360290
		368955	389426	390068	399141	
280 Gewinne zu je	240 Mark:	2879	10093	17536	18074	19667
		21331	21765	24413	27015	28626
		35051	36781	38018	39335	45213
		48595	50626	50944	51605	55368
		56394	58354	59564	60832	61457
		61867	62702	65044	69336	77652
		80601	82119	83674	86305	88012
		90337	93427	94840	95127	96731
		107374	113135	114355	115268	118702
		119879	120076	125182	126628	126641
		127524	128214	130696	138247	141673
		145282	149050	151849	160908	164606
		167466	167601	170283	174922	175271
		176491	182626	185451	193165	193307
		196694	200122	202373	202450	203324
		210578	210616	216988	217562	217641
		220192	223888	226199	226541	229753
		230788	233007	238094	238884	241578
		242556	244912	245041	245972	246349
		254737	258719	259218	263247	274132
		274626	276079	276828	279471	279849
		281353	288036	291384	293171	295713
		289122	299853	304006	307639	318293
		323956	324115	334152	334518	340495
		340892	355437	356604	356718	357276
		358409	359099	359579	362777	372846
		374306	375602	375828	376007	378234
		382003	382724	393352	395834	397428

Die Ziehung der IV.Klasse der 35., 261. Preuss. Süddeutschen Klassenlotterie findet statt am 14. und 15. Juli 1930.



Unerhört !

Lohnabbau und Krisenunterstützung.

SPD. Das Unternehmertum macht jetzt Miene, in der Lohnabbaufrage aufs Gange zu gehen. Kaum sind die Veratungen zwischen den Spitzen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber zu Ende - die Meldung bürgerlicher Blätter, dass die Besprechungen weitergeführt werden, stimmt nicht - da rücken die Scharfmacher großes Geschütz in Stellung. Massgebende Industrievertreter in der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei treten jetzt ganz offen dafür ein, eine Entlastung der Wirtschaft durch Lohn- und Gehaltsabbau auf dem Wege der Gesetzgebung durchzuführen. Sie denken dabei am Gesetz zur vorzeitigen Kündigung langfristiger Tarifverträge.

Allem Anschein nach gehen die Scharfmacher mit dem Gedanken um, ähnlich wie 1923 mit Hilfe der Gesetzgebung eine Arbeitszeitverlängerung durchgeführt wurde, jetzt eine Lohnsenkung herbeizuführen. Solchen Versuchen wird - das darf und muss man schon jetzt sagen - die Arbeiterschaft mit eiserner Energie entgegenreten. Ein Lohnsenkungsdiktat auf dem Wege der Gesetzgebung, d.h. eine brutale Vergewaltigung der Arbeiterschaft durch den Reichstag wäre für die Regierung Brüning ein halsbrecherisches Unterfangen.

Durch die neuen Absichten der Unternehmer erhalten die von ihnen angeregten Verhandlungen der Spitzen in der Lohn- und Preisfrage eine eigenartige Beleuchtung. Waren diese Verhandlungen nur ein Manöver zur Verdeckung von Angriffsplänen, wie sie jetzt sichtbar werden?

Neu neuen Lohnabbauplänen der Scharfmacher zu liebe will die Deutsche Volkspartei ihren Finanzminister opfern. Moldenhauer soll, wie die "Kölnische Zeitung" meldet, abgelehnt haben, den Weg der gesetzlichen Lohnsenkung zu beschreiten. Infolgedessen hätten sich die Gegensätze zwischen ihm und den Industriellen so verschärft, dass diese schliesslich dem Finanzminister die Aufforderung zu seinem Rücktritt zugehen liess. Daraufhin habe sich bei ihm die Ansicht verstärkt, dass seine Fraktion einen Beschluss fasse, der von ihm den Rücktritt fordere, und so habe er sich entschlossen, dem Reichskanzler mitzuteilen, dass er beabsichtige, zurückzutreten.

Man sieht aus diesen Vorgängen überdeutlich, dass das Unternehmertum und seine parlamentarischen Vertreter sich nunmehr zu noch schlimmeren und noch gefährlicheren Vorstössen gegen den Lebensstandard der Arbeiterschaft anschicken.

Höchst merkwürdige Pläne des Reichsarbeitsministeriums werden von den den Christlichen Gewerkschaften nahestehenden Presseorganen gemeldet. Es heisst da z.B., dass der Reichsarbeitsminister die Gewährung von Reichsmitteln zur Ankerbelung des Baumarkts von einer Preis- und Lohnsenkung im Baugewerbe abhängig machen wolle. Den Verhandlungen über eine Lohnsenkung im Baugewerbe stünden noch Schwierigkeiten im Wege, da die Auffassung vorherrsche, dass eine solche Lohnherabsetzung nur in Frage kommen könne, wenn die betroffene Arbeiterschaft Aufnahme in die Krisenfürsorge finde. Allerdings sollten die Bauarbeiter nur in gestaffelten Sätzen, also in eingeschränktem Umfang zur Krisenfürsorge zugelassen werden, da ohne solche Massnahmen die Hereinnahme der Bauarbeiter und der zu ihnen gehörenden Berufskategorien eine Mehrbelastung von rund 300 Millionen Mark pro Jahr bedeute.

Merkwürdig, höchst merkwürdig! Die Bauarbeiter bedanken sich für eine Lohnsenkung, für die man ihnen gnädig vielleicht die Aufnahme in die Krisenunter

stützung versprechen will. Wir finden die Verquickung der Baumarktsbelebung mit den Fragen der Krisenfürsorge höchst unglücklich. Der Baumarkt braucht eine Belebung. Richtig. Die Bauarbeiterlöhne sind mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten des Baumarkts im Frühjahr nicht erhöht worden, obwohl die Bauarbeiter eben infolge der mangelnden Arbeit mit leeren Taschen dastehen. Gesenkt werden können und müssen die Baustoffpreise. Dass sie übersetzt sind, ist allgemein bekannt.

SPD. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat auf seinem Verbandstag in Stuttgart am Donnerstag gegen 2 Stimmen die Einführung der Invalidenunterstützung beschlossen. Damit vervollkommenet der Verband seine Unterstützungseinrichtungen, deren Leistungen im vergangenen Jahr, wie aus dem Geschäftsbericht hervorging, eine Art Sozialrekord darstellten.

Die Einführung der Invalidenunterstützung wurde vom Hauptkassierer des Verbands, Schoeller, in überzeugender Weise begründet. Der Verband - so führte Schoeller aus - lehne sich an die Erfahrungen anderer Verbände an, und richte sich weitgehend nach dem Vorschlag der Reformkommission des ADGB. Nach den Berechnungen des Hauptvorstandes seien bei Eintritt der Unterstützungspflicht zu Beginn des Jahres 1932 3920 Mitglieder zu unterstützen. Diese Ziffer werde bis 1940 auf 10 000 anwachsen. Man rechne hinsichtlich des Eintritts der Invalidität mit einem Durchschnittsalter von 56 Jahren bei den Textilarbeitern, und 50 Jahren bei den Textilarbeiterinnen. Die Versicherung solle sich selbst tragen; deshalb werde ab 1. Oktober 1930 ein Extrabeitrag von 10 Pfennig erhoben. Der Verband rechne mit einer Ausgabe von 668 000 Mark im ersten Jahr, die bis 1940 auf 1 200 000 Mark ansteige. Die weiblichen Mitglieder, die vorübergehend infolge Mutterschaft oder häuslicher Verpflichtungen aus der Berufstätigkeit ausscheiden, würden bei Wiedereintritt in den Verband die früher geleisteten Beiträge für die Invalidenunterstützung voll angerechnet erhalten; wer aus den gleichen Gründen dauernd aus der Erwerbsarbeit ausscheide, erhalte die geleisteten Beiträge zurück. Der monatliche Unterstützungssatz betrage 6 bis 37 Mark. Die Einführung der Invalidenunterstützung gebe sicherlich der Mitgliedschaft eine noch grössere Stabilität.

Ueber Bevölkerungsprobleme und Kapitalismus sprach Dr. Noelting-Berlin. Er legte dar: Der Druck der Bevölkerungszunahme schuf die Industriewirtschaft. Während der Kapitalismus bis zum Krieg leicht Millionen Menschen Brot und Arbeit geben konnte, hat er diese Fähigkeit heute bereits so stark verloren, dass er sich in immer grössere Schwierigkeiten verstrickt. Entwicklung zur Monopolwirtschaft und Rationalisierung sind die Hauptursachen dieser Schwierigkeiten. Die gegenwärtige Rationalisierung ist nur Teilrationalisierung, sie bringt nur technische, aber keine sozialwirtschaftlichen Fortschritte. Was uns verloren ging und was wir wiedergewinnen müssen, ist Angleichung zwischen Produktionskraft und Verbrauchskraft. Dieser Angleichung dient auch der Geburtenrückgang. Er ist zum Teil sozial bedingt. Die aktive Geburtenkontrolle geht von der Grossstadt zum Land und vom Grossbürgertum bis zum ungelerten Arbeiter.

SPD. Das Lohnsenkungsexperiment, das in Deutschland Reichsregierung und Unternehmertum durchführen wollen, macht im Auslande bereits Schule. So hat in der Tschechoslowakei die nationaldemokratische Partei des Herrn Dr. Kramarsch, d.h. die Partei der Kapitalisten, sich ebenfalls für Lohnherabsetzungen engagiert. Sonst ist die tschechische Nationaldemokratie schnell bei der Hand, jeden für einen Volksverräter zu erklären, der Deutschland irgendwie als Vorbild hinstellen sich erlaubt. Wenn es sich jedoch um Lohnsenkungen handelt, dann darf man in der Tschechoslowakei auch von Deutschland etwas lernen.

In Arbeiterfeindlichkeit stellen die tschechischen Nationademokraten ihren Mann. Dr. Kramarsch hat selbst in einer Rede Lohnsenkungen - natürlich nur bei etwaigier Verbilligung der Lebensmittel - empfohlen, um die tschechische

Exportindustrie konkurrenzfähig zu machen, Wohl wird in der nationaldemokratischen Presse jetzt plötzlich eine solche Äusserung Krmarsch in Abrede gestellt aber für die Lohnkürzung wird von ihr weiter Stimmung gemacht. Selbstverständlich erzählen die nationaldemokratischen Blätter ihren Lesern, dass es in Deutschland die Gewerkschaften waren, die für eine Lohnsenkung eingetreten seien. Von den tschechischen Gewerkschaften wird verlangt, sich an den deutschen ein Beispiel zu nehmen.

Die Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei macht mit aller Energie gegen dieses Treiben des tschechischen Unternehmertums Front. Sie betont, dass in der Tschechoslowakei Lohnsenkungen schon deshalb unangebracht seien, weil die tschechischen Reallöhne viel tiefer stünden als in den übrigen Staaten, -

Der Durchschnittslohn eines qualifizierten Arbeiters in der Tschechoslowakei beträgt 150 Kronen, also nicht einmal 20 Mark pro Woche. Das ist gewiss sehr wenig, den tschechischen Kapitalisten aber immer noch zu viel. Die Lohnsenkungsaktion des deutschen Unternehmertums ist ihnen eine willkommene Gelegenheit, nun erst recht die tschechische Schmutzkonzurrenz zu fördern.

SPD, Stettin, 19. Juni (Eig. Drahtb.)
Auf dem Verbandstag der preussischen Kommunalbeamten, der z.Zt. in Stettin tagt, gab nach einem Referat des Verbandsgeschäftsführers Dr. Haneld -Berlin der Verbandsdirektor Stadtrat a.D. Ehrmann-Berlin sehr scharfe Erklärungen ab gegen die Absicht der Reichsregierung, im Rahmen eines Ausgabensenkungs- und Spargesetzes ein neues Besoldungssperrgesetz einzuführen. Wenn auch die deutschen Gemeindebeamten seit jeher Freunde einer grosszügigen Verwaltungsreform seien, so sei es doch nicht vernünftig, die deutsche Beamtenschaft durch eine derartige Nadelstichpolitik zu erregen und zu verärgern. Besonders die deutschen Kommunalbeamten ständen ständig in der Abwehr gegen derartige Massnahmen und zwar in enger Front mit der gesamten deutschen Beamtenschaft. Ihnen besonders sei der Entwurf des neuen Sperrgesetzes zgedacht. Er sei darauf abgestellt, selbst die verfassungsmässig garantierten Rechte der Kommunalbeamten auf die ihnen zugesicherte Besoldung auf Dauer zu unterhöhlen. Der Entwurf setze dadurch allem die Krone auf, dass er für die nach Anwendung des Gesetzes übrig bleibenden Bezüge den Rechtsweg ausschliesse. Ehrmann wandte sich energisch gegen den Versuch, die elementarsten Grundlagen des Rechtes überhaupt zu untergraben, und betonte, dass die Durchschnittsbesoldung der Gemeindebeamten im Gegensatz zu allen Behauptungen von anderer Seite keinesfalls höher sei als die vergleichbarer Beamten im Reich und Ländern. Er schloss mit einem Appell an Reichsrat und Reichstag, das neue Besoldungssperrgesetz unter keinen Umständen zustandekommen zu lassen.

Der von beinahe 1 000 Vertretern aus allen Teilen Preussens und ebenso von Vertretern aus den übrigen deutschen Ländern zusammengesetzte Verbandstag bekannte sich in einer Entschliessung rückhaltlos zu den Ausführungen Ehrmanns.

SPD, Die Krankenkassen Berlins sowie der Provinzen Brandenburg und Grenzmark haben in einer Entschliessung gegen die von der Regierung Brüning beabsichtigte Verschlechterung der Krankenversicherung (Erhebung von Krankenscheingebühren, Beteiligung der Versicherten an den Arzneikosten usw.) schärfsten Protest erhoben. Sie verlangen vom Hauptverband deutscher Krankenkassen, dass umgehend Abwehrmassnahmen gegen die Verschlechterungsabsichten der Regierung Brüning eingeleitet werden.

SPD, Die norwegischen Papierindustriellen wollen aussperren. Sie verlangen dass die zur Zeit bei zwei Firmen schwebenden Konflikte sofort beigelegt werden. Andernfalls würden sie die Arbeit einstellen.

Die angedrohte Aussperrung würde 68 Betriebe mit 11 000 Arbeitern umfassen



Terror der Landvolkkohorten.

(Doepfner-Samelucken veranstaltet "agrarpolitische" Kundgebungen.)

SPD. Königsberg, 19. Juni (Eig. Ber.)

In letzter Zeit haben sich die Klagen über das Erliegen des ostpreussischen Gütermarktes wieder stark gesteigert und man wird das Gefühl nicht los, dass man damit ganz bestimmte Ziele erstrebt. Vor allem ist es die ostpreussische Presse, die alles daran setzt, die richtige Entwicklung auf dem Gütermarkt zu verdunkeln. So meldete z. B. die "Allensteiner Zeitung" unter der Ueberschrift "Unter dem Hammer...", dass allein im Regierungsbezirk Allenstein in den nächsten Monaten 35 Zwangsversteigerungen fällig würden. Eine nähere Untersuchung ergibt folgendes: 14 Zwangsvollstreckungen betreffen nicht Landwirte, sondern Kaufleute, Bauunternehmer, Handwerker und Gastwirte. In drei Fällen handelt es sich um Auflösung von Besitzgemeinschaften; von den restlichen 18 erreichte die Hälfte nicht einmal die Grösse einer selbständigen Aeckernahrung. Trotzdem wird daraus der Zusammenbruch der ostpreussischen Landwirtschaft und des ostpreussischen Gütermarktes konstruiert. Das eine ist so falsch wie das andere. Die jetzt besonders von den Landwirten vertretene Auffassung, dass die Zahl der zwangsversteigerten Landwirtschaften der Ausdruck der landwirtschaftlichen Konjunktur sei, ist unrichtig, wie auch die Aecker ja keine höheren Erträge liefern, wenn die Bodenpreise hochgetrieben werden.

Unrichtig ist auch, dass die Steigerung der Zwangsversteigerungen gleichbedeutend mit der Vernichtung der Landwirtschaft sei. Das Gegenteil dürfte zutreffen. Für Ostpreussen speziell kann man feststellen, dass die Wirtschaften mit der Zwangsversteigerung noch nicht einmal ihren Besitzer wechseln. So wurden in den letzten Wochen im Kreise Gerdauen 6 Güter zwangsversteigert. Sie fielen ohne Ausnahme an die ersten Besitzer, wechselten also den Eigentümer nicht. Der in der Zwangsversteigerung gezahlte Preis deckte sich mit der ersten Hypothek. Die früheren Besitzer haben also in der Zwangsversteigerung ihre Güter gekauft und zwar für den Preis der ersten Hypothek. Derartige Fälle ereignen sich in den ostpreussischen Landkreisen fast jeden Tag. Ungefähr die Hälfte aller Zwangsversteigerungen bedeutet für den Besitzer nichts anderes als die Abstossung der Schulden hinter der ersten Hypothek. Dafür wird der Name der Frau, des Sohnes, des Vaters oder des Schwiegervaters ins Grundbuch eingetragen. So vollzieht sich die Besitzerhaltung unter falscher Flagge. Diese Methode wird durch ein raffiniertes System von Nebenabreden und Sicherungsmassnahmen begleitet. Da wird z. B. plötzlich im Termin eine eidesstattliche Erklärung verlesen, dass so und so viel Vieh seit mehreren Jahren an jemand übereignet worden sei. Auf Maschinen ruht Eigentumsvorbehalt. Wertobjekte im Haushalt sind auf ein Familienmitglied übertragen. Bewiesen wird das durch einen Schenkungsvertrag. So geht das Tag für Tag. Ausgesprochener Betrug, zu Gunsten der Besitzerhaltung, aber ein Betrug, den das Gericht erlaubt.

Wenn die Sache einmal schief zu gehen droht, dann erscheint eine Truppe von Landvolkleuten auf dem Versteigerungstermin. Anstelle des Vorsitzenden spricht der ostpreussische Landwirt Doepfner-Samelucken. Das ist ein Schwager des berühmten Hankens-Tetnbühl. Herr Doepfner macht aus dem Termin eine

"agrarpolitische" Kundgebung und bis jetzt hat noch kein Richter gewagt, ihn auf der Stelle abführen zu lassen. Die mittelbaren Staatsbehörden, Landwirtschaftskammer und Ostpreussische Landschaft, verzichteten auf Grund der "Ermahnungen" des Herrn Doeppner-Samelucken darauf, ihre Forderungen auszubieten. Keiner hat bis heute ein Verfahren wegen Nötigung veranlasst. Herr Doeppner-Samelucken diktiert und regiert. Niemand von allen, die von Amts wegen dazu befugt sind, hat bis jetzt an dieser Zerrüttung der Moral Anstoss genommen.

Wer in Ostpreussen gegen den Terror der Landvolkkohorten ein Gut ersteigern würde, könnte seine Erfahrungen machen. Mit Blut- und Polizeihunden könnte er seinen Besitz nicht schützen und die mannigfaltigen Versuche, ihn zu schädigen, nicht abwehren. Selbst wenn ihm ausschliesslich ein Landjäger zur Verfügung stehen würde, wäre er noch nicht sicher. Zum persönlichen Boykott käme der wirtschaftliche. Kein Verein und keine Genossenschaft würden es wagen, ihn als Mitglied aufzunehmen. Vermutlich müsste die Landwirtschaftskammer zusehen, wie sein Antrag auf Aufnahme in einen Versuchsring abgelehnt wird, obwohl er ein recht tüchtiger und brauchbarer Kerl ist. Seine Milch würde er nirgend los werden und am besten wäre es, wenn er sich gleich einen Stier anschaffte; denn er kann seine Tiere selbst nicht einmal gegen sehr viel Geld zum Decken bringen. Er ist der wirtschaftlichen Vernichtung preisgegeben.

So sieht es heute in Ostpreussen aus. Die deutschnationale Hetze hat gut gewirkt. Besitzerhaltung statt wirtschaftlicher Auslese ist die Parole. Die Ausschaltung der wirtschaftlichen Auslese bedeutet aber die Lodderwirtschaft auf der heimatlichen Scholle, die, wie man in der Landbundpropaganda so schön sagt, die Volksernährung sichern soll. Die ganze Propaganda in Ostpreussen dient der Subventionierung und Erhaltung der Grossen. Das geht deutlich daraus hervor, wie sie in den letzten Tagen aufgezogen worden ist. Mit einer gewissen Wonne wird, besonders in der ostpreussischen Presse, festgestellt, dass die Zahl der Kleinen, die unter den Hammer kommen, viel grösser sei als die der Grossen. Wenn nun von 4 000 Grossbetrieben in einem Jahr 40 zur Zwangsversteigerung gelangen und von 80 000 Mittel- und Kleinbetrieben 200, so ist das eine Rechnung, die nicht zu Gunsten des Grossbetriebes spricht. Die Rechnung besagt doch nur, dass von den Grossen in einem Jahr jeder hundertste und von den Mittleren und Kleinen jeder vierhundertste zwangsversteigert wurde, dass von je 1 000 Grossen 10 und von je 1 000 Mittleren und Kleinen aber nur 2,5 pleitegingen. So überlegt man nicht, sondern man sagt, dass es keinen Sinn habe, noch mehr Kleine zu schaffen; da die Kleinen sich nicht halten könnten, vermehre man die Not. Man sucht so ein Argument gegen den Siedlungsgedanken und will die Notwendigkeit des Grossgrundbesitzes beweisen, den der Staat unter allen Umständen halten soll. Bei nächster Gelegenheit stellen sich dieselben Leute aber hin und sprechen von der Wichtigkeit der Siedlung und von der Pflicht, die menschenleeren Räume im Osten mit Menschen zu füllen, damit der Osten von den Polen nicht überflutet werde.

SPD. In dem Aufkauf der Königsberger Koholyt A. G. durch die Stettiner Feldmühle hat man ohne Zweifel einen weiteren Schritt zu erblicken, die deutsche Papierindustrie stärker zu konzentrieren, um den Verbrauchern noch höhere Papierpreise diktieren zu können. Die Seele der Bestrebungen ist die Stettiner Feldmühle. Schon im Frühjahr 1929 gliederte sie sich die Papierfabrik Reissholz bei Düsseldorf an, die Fabriken an der Wasserkante, im Rheinland und im südlichen Westfalen unterhält. Die fusionierten Unternehmungen erfassen z. B. allein ein Drittel der deutschen Zeitungsdruckpapierproduktion.

Durch die Fusion im Frühling 1929 wurde die Stettiner Feldmühle gewissermassen der Rohstofflieferant für Reissholz. Jetzt hat sich die Feldmühle

in der Koholyt A.G. einen Zellstofflieferanten gesichert. Die Zelluloseproduktion der Feldmühle beträgt jährlich nur 60 000 Tonnen. Die Koholyt hat dagegen eine Produktion von 150 000 bis 170 000 Tonnen. Die Papierproduktion der Königsberger Koholyt dürfte etwa 20 000 bis 30 000 Tonnen betragen, während sich die Produktion bei Feldmühle auf mindestens 130 000 Tonnen stellt. Die produktionstechnischen Vorbedingungen für den Erwerb der Koholyt A.G. durch die Feldmühle sind also gegeben. Ohne Zweifel dürfte auch bald eine betriebliche Zusammenarbeit in Erscheinung treten.

Die Koholyt A.G. war eines der wichtigsten Stücke in der Stinnesschen Konkursmasse. Sie ging bei Liquidierung des Stinneskonzerns an die englische Inveresk Paper über und hat in den letzten Jahren immer eine Rekorddividende, die zwischen 11 und 16% schwankte, gezahlt. Durch die Aktion der Feldmühle kehrt also ein wichtiges deutsches Erwerbsunternehmen in deutschen Besitz zurück.

Die deutschen Papierverbraucher werden diese Rückkehr wahrscheinlich recht teuer bezahlen müssen. Schon die Fusion Feldmühle-Reissholz wurde mit den "niedrigen" Papierpreisen, besonders mit den Zeitungsdruckpapierpreisen, begründet. In Wirklichkeit liegen die Dinge in der deutschen Papierindustrie ähnlich wie in der Eisenindustrie: man hält die Exportpreise - ein Drittel der deutschen Papierproduktion wird exportiert - niedrig und entschädigt sich dafür an den überhöhten Inlandspreisen. Das Bestreben geht ganz augenscheinlich dahin, die Papierproduzenten stärker zusammenzuschliessen, um ein Monopol zu erhalten. Die Erweiterungsbestrebungen der Stettiner Feldmühle sind auch mit dem Erwerb der Koholyt A.G. nicht abgeschlossen. Schon im vorigen Jahre wurde von einem Zusammengehen des Stettiner Konzerns mit der Zellstofffabrik Waldhof bei Mannheim, dem nach der Feldmühle wichtigsten Konzern, gesprochen. Auf beide Konzerne würde die Hälfte der deutschen Papierproduktion entfallen. Die Fusion von Feldmühle und Waldhof liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit.

SPD. In der Generalversammlung des Hirsch-Kupfer-Konzerns nahm die Verwaltung Gelegenheit, Protest gegen den von den Produzenten geforderten Zinkzoll einzulegen. Hirsch-Kupfer gebraucht jährlich 11 000 bis 12 000 Tonnen Zink. Der geforderte Zoll von 6 Mark entspreche aber 17,6% des Rohstoffpreises. Die Schädigungen lägen auf der Hand.

Hoffentlich wird die Regierung den Protest von Hirsch-Kupfer, der die vor einigen Tagen veröffentlichten Warnungen der Weiterverarbeitungsindustrie unterstreicht, nicht in den Wind schlagen.

Ueber die Beschäftigung bei Hirsch-Kupfer wurde gesagt, dass der Auftragsbestand um 40% gegen Ende Mai gestiegen sei. Das Hirschwerk in Finow bei Eberswalde wäre voll beschäftigt. Die Rationalisierung in Ilsenburg sei durchgeführt. Gegenwärtig werde dort mit etwa 70 bis 75% der Höchstleistung von 1929 gearbeitet.

SPD. Die preussische Regierung hat dem Staatrat einen Gesetzentwurf zugeleitet, der Mittel in Höhe von 15,872 Millionen Mark für die Sanierung der Schichauwerke verlangt. Dazu wird mitgeteilt: Die Sanierung, die bereits in den Vorjahren fehlgeschlagen sei, erfordere ausser den bereits darlehnsweise zur Verfügung gestellten Beträgen eine einmalige Baraufwendung von 21. Millionen Mark, weiter einen laufenden Betriebszuschuss für die ersten Jahre von je 3,5 Millionen Mark und für das dritte bis zum sechsten Jahr einen jährlich geringer werdenden Zuschuss von insgesamt 6,5 Millionen Mark. Von diesen Kosten habe Preussen 25/90 = 9,583 Millionen Mark zu übernehmen. Ausserdem sei Preussen an der Gründung der Schichau G.m.b.H. beteiligt. was Aufwendungen von 6,289 Millionen Mark erfordere.

Terminroggen niedriger.

(Berliner Getreidebörse vom 19. Juni.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag in lustloser Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte hatte namentlich Roggen grössere Preisrückgänge zu verzeichnen. Auch Weizen für Julilieferung verlor 2 Mark. Prompter Roggen war etwas weniger angeboten und wurde teilweise von den Stützungsstellen aufgenommen. Neuer Roggen gab im Preise nach. Weizen alter und neuer Ernte war zwar am Markte, fand aber kaum Käufer. Der Mehlabatz blieb unbefriedigend. Die Mühlen zeigten sich zum Teil entgegenkommend. Hafer war reichlich angeboten, wurde aber nur wenig gekauft. Das Hafergeschäft nach Westdeutschland ist sehr zusammengeschrumpft.

	<u>18. Juni</u>	<u>19. Juni</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	301 - 305
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	167 - 182	167 - 182
Hafer	153 - 164	150 - 162
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	34,00 - 42,25	33,75 - 42,00
Roggenmehl	21,25 - 24,25	21,25 - 24,50
Weizenkleie	7,60 - 8,10	7,60 - 8,10
Roggenkleie	7,75 - 8,00	7,75 - 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 296-295½ (Vortag 298) September 262 und Geld (263); Oktober 263 Geld (264), Roggen Juli 170-169½ (173), September 173 (176½), Oktober 174-174½ (177½). Hafer Juli 164-165 (168½), September 165½-167 (170½). Oktober 168½-169 (172).

Amtliche Eiernotierungen.

(19. Juni)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 11¼, Klasse A 60 Gramm 10, Kl.B 53 Gr. 8¾, Kl.C 48 Gr. 8, frische Eier Kl.A 9½, Kl.B 8½, aussortierte kleine und Schmutzeier 6-6½. - Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 10¼-11, 17er 10¼-10½, 15½-16er 9, Estländer 17er 10, 15½-16er 9, leichtere 8¾, Holländer 68 Gr. 11, 60-62 Gr. 9¼-10, leichtere 8¾-9, Belgier 9¼-9¾, Bulgaren 8¼, Rumänen 7-7½. Ungarn 7½-8, Russen normale 7-7½, Polen normale 6¾, abweichende 6½-6¾, Kleine, Mittel- und Schmutzeier 6. Witterung heiss, Tendenz lebhafter.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(19. Juni)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: (Alte Ernte) Weisse 1,30 bis 1,50, Rote 1,40 bis 1,70, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,40 bis 2,70 Mark.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 45

Berlin, den 19. Juni 1930

Was sollen wir essen?^x

SPD. Wir leben in einer Zeit der Reformen. Alles wird rationalisiert und theoretisiert. Es gilt nicht nur, nach einer bestimmten Theorie zu wirtschaften und hauszubalten, sondern auch nach ihr zu essen. Eine ungeheure Literatur beschäftigt sich mit dem Problem, eine Ernährungsart zu finden, die geeignet ist, die Menschheit glücklicher und weiser zu machen, und die bei dem geringsten Aufwand von Geld und Hausfrauenmühe dem Körper die zweckmässigste Kost zuführt. Leider beteiligen sich die Hausfrauen selbst bis jetzt noch sehr wenig an dieser Auseinandersetzung. Nur Klara Ebert gibt mit Ragner Berg, dem bekannten Ernährungswissenschaftler, zusammen eine "Küche der Zukunft" heraus. Sonst überlassen die Frauen den Männern das Wort, und heute noch hat Nietzsche Recht, der sagt, dass die Frau nicht einmal das Kochen wissenschaftlich versteht.

Die Durchschnittshausfrau verlässt sich auf ihr annähernd richtiges Gefühl für das, was schwer oder leicht verdaulich, bekömmlich oder nicht bekömmlich ist, unbekümmert darum, dass unsere Kenntnisse sich erweitern und Theorien sich überleben. So gilt z.B. das Wort unsrer Mütter "Käse Mittags Gold, Abends Blei" schon längst nicht mehr, sondern wir wissen, dass wir gut tun, den Käse mit seinem sehr grossen Nährgehalt ungeachtet der Tageszeit recht oft auf den Familientisch zu bringen. Niemand hätte früher gewagt, einem kleinen Kinderobst oder gar Tomaten zu geben, die sich heute schon die Einjährigen trefflich munden lassen. Man denke, dass man vor ungefähr 60 Jahren in Deutschland überhaupt noch nicht wusste, dass diese hübsche rote Frucht, die heute ein so geschätztes Nahrungsmittel ist, essbar und nicht nur zum Schmuck für die Tafel verwendbar ist. Damals fand man die Tomate nur ganz selten in den Südfruchtgeschäften der Grosstädte. Das wilde, in Freiheit aufgewachsene Tier hat einen Instinkt für das was ihm schädlich oder nützlich ist, das Haustier schon nicht mehr immer. Der Mensch jedoch hat diese Instinktsicherheit längst verloren. Deshalb ist es nötig, die Ernährung im Privat- und Volkshaushalt auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen.

Es war eine Frau, Dr. Hedwig Heyl, die diese Notwendigkeit zuerst erkannte. Schon vor 50 Jahren liess sie in ihrer Kochschule eine Chemie der Kochkunst lehren. Damals hielt man unter dem Einfluss des bekannten Ernährungsphysiologen Moleschott die eiweissshaltige Fleischnahrung für den wichtigsten Bestandteil der menschlichen Nahrung überhaupt, während sich heute ein Wandel zugunsten der Pflanzkost vollzogen hat. Diese macht den Körper leichter und beweglicher, erhält ihn länger jugendlich und verhindert, wie man annimmt, eine frühe Verkalkung. Die Neigung für Infektionskrankheiten scheint bei der säurereichen Fleischnahrung grösser zu sein. Auch hat sich während des Krieges gezeigt, dass reine Fleischnahrung die Wundbehandlung erschwert. Die besinnliche Hausfrau sollte nun aber dieser veränderten Anschauung nicht blindlings folgen, sondern genau beobachten und studieren, welche Pflanzen die für den Körper wichtigen Nähr- und Aufbaustoffe enthalten, und sie sollte wissen, dass auch die nötigen Mineralstoffe in den Pflanzen vorkommen. Sie muss wissen, dass alles Blättgrün eisenhaltig ist und zwar der dunkelgrüne Spinat mehr als die hellen Salatblätter, und dass Käse, schwarzer Tee, Paranüsse, Gurken, Apfelsinen, Zitronen, Haferflocken, Grünkohl, Lauch usw. den für den Knochenbau vor allem

wichtigen Kalk enthalten.

Schon Moleschott erkannte die Bedeutung des Phosphors für den menschlichen Organismus, "Ohne Phosphor kein Gedanke", sagte er. Phosphor ist vor allem nötig für die Ernährung der Nervenzellen, für die innere Sekretion und die Fortpflanzung. Man führt z.B. den Kinderreichtum mancher Küstenvölker auf ihre Fischnahrung zurück. Den grossen Phosphorreichtum von Fleisch und Fisch wird man nicht ganz durch Pflanzenkost ersetzen können. Deshalb tut der weisse Reformier gut, Milch und Eier nicht von seinem Küchensettel zu verbannen. Obst und Gemüse sind verhältnismässig arm an Phosphor, doch findet man ihn in einigen Hülsenfrüchten, in Bohnen und Linsen und im Rettich. Die Nähr- und Heilkraft des Rettich ist bei uns in Vergessenheit geraten. Im alten Griechenland galt der Rettich als Heilmittel für Tuberkulose. Die Schwindsüchtigen brachten dem delphischen Apoll Rettiche als Weihgeschenke dar. Auch das so wichtige Jod kommt in Pflanzen vor. Man findet es in resse, Radieschen, Zwiebeln, Knoblauch. Besonders sind Zitronen jodhaltig.

Vor allem sind es die Schweizer Aerzte Bircher-Benner und Balzli, die sich bemühen, auf dem Gebiete der Ernährung aufklärend zu wirken. Dr. Hans Balzli bringt in seinem zweibändigen Werke "Kunst und Wissenschaft des Essens", dem die oben gemachten Ausführungen zum grossen Teil entnommen sind, ein ungeheures Material, mit dem sich die Hausfrau bekannt machen sollte. Er beruft sich auf den grossen Chemiker Ostwald, indem er lehrt, dass vor allem die in den Pflanzen aufgespeicherte Sonnenenergie dem menschlichen Körper zugeführt werden muss. Das scheint am sichersten durch rohe Pflanzenkost zu geschehen, in der diese Energie noch nicht durch Kochen, Dörren und Konservieren zerstört wurde. Je reiner und unverfälschter wir Früchte und Gemüse geniessen, umso unmittelbarer nehmen wir diese Energie in uns auf, ohne dass sie erst im tierischen Körper, der sich ja auch von Licht und Sonne nährt, eine Umwandlung zu erfahren braucht. Auch volkswirtschaftlich ist die Frage einer Reform der Ernährung von grösster Bedeutung. Der Boden kann viel mehr ausgenutzt werden, wenn anstelle der Futterkräuter für die Viehhaltung grosse Flächen mit Gemüse, Kohl und Rüben bebaut würden. Man hat berechnet, dass die gleiche Fläche, die nur hundert Bauern ernährt, 1000 Gärtner ernähren könnte. Welche Summen würde Deutschland sparen, wenn es kein Gefrierfleisch mehr einzuführen brauchte!

Helene Bulle,

Tante Frieda kocht ein,^x

Am ersten Tage,

SPD, Tante Frieda läuft im ganzen Hause herum, in ihrem Hause auf dem Lande, in dem augenblicklich die ganze nahe und weite Verwandtschaft zu Besuch weilt. Sie erwischt Fritz, ihren dreiundzwanzigjährigen Neffen. "Es ist zu schrecklich, mein Junge. Kein Mensch kümmert sich dieses Jahr ums Einmachen, und ich soll wieder für die ganze Familie einkochen. Die Kirschen, die Ihr gestern gepflückt habt, müssen heute noch eingekocht werden; sonst werden sie überreif und schlecht. Und ich habe gar keine Gläser, mein Junge, Willst Du nicht einmal schnell in die Stadt fahren und achtzig Zweipfundgläser mitbringen - nimmst den alten Wagen - ja, magst?"

Fritz fährt in die Stadt, Gläser zu holen. Tante Frieda stellt fest, dass das Thermometer ihres Einkochapparates kaputt ist. Leopold muss mit dem Rade ins Nachbardorf fahren und in der Drogerie ein neues Thermometer holen. Lina wird mit Anna fortgeschickt. Sie müssen im Dorfe 40 Pfund Zucker kaufen; der Vorkat, den die Tante noch hat, reicht nicht. Onkel Adolf wird aus der Hängematte geschüttelt. Er muss in den Krug gehen und drei Flaschen Rum erstehen. Die Tante liebt es, allem Eingemachten ein paar Tropfen Rum hinzuzufügen, wegen der

Haltbarkeit.

Onkel Adolf geht in den Krug. Um halb zwei. Um drei wird Onkel Otto hinterhergeschickt. Er soll Onkel Adolf - oder wenigstens den Rum holen. Um sieben Uhr sitzen Onkel Adolf, Onkel Otto, Max (Onkel Ottos fünfundzwanzigjähriger Sohn), der Kutscher der Tante Frieda und der "Verwalter" im Krug, beim Bier, beim Skat. Schliesslich holt Tante Lenchen den Rum. Abends um elf, als alle wieder daheim sind, finden sich 18 Flaschen Rum vor.

Die Gläser sind noch nicht eingetroffen. Der Zucker kommt erst am nächsten Morgen. Thermometer gab's nicht. Aber die jungen Mädchen haben die Kirschen entkernt. Morgen wird eingekocht.

Am zweiten Tage.

Der Zucker ist gekommen, die Gläser sind da, die Kirschen sind entsteint. Tante Frieda hat vor Aufregung, dass alles nicht so klappt, wie sie sich's gedacht hat, Herzbeschwerden und muss sich niederlegen. Die andern Frauen - sieben gibt es, die zu Besuch sind - kochen Kirschen ein. Alles klappt tadellos. Am Nachmittage kommen die Johannisbeern dran. Am Abend die Erdbeeren. Die Onkels und Neffen sind dem wüsten Getriebe entflohen; die Rumgerüche, die durch das Haus schwelen, haben ihnen merkwürdige Gelüste erregt. Sie streifen die Nachbardörfer ab und haben an diesem Tage zwei nette Gasthöfe kennen gelernt. Am Abend erhebt sich Tante Frieda und jammert: "Ja, wenn ich nicht dabei bin, dann klappt auch gar nichts. Ich denke, ihr habt die Himbeeren schon eingekocht. Und die Äpfel, seid ihr damit fertig? Was - noch gar nicht angefangen? Na, das wird morgen eine schöne Plage werden! Reichen denn die Gläser? Und wie ist es mit dem Zucker?"

Es stellt sich heraus, dass die Gläser nicht reichen. Auch der Zucker ist alle. Tante Frieda ist sehr besorgt...

Am dritten Tage.

Fritz muss frühzeitig in die Stadt fahren, Gläser einkaufen. Seine Kusinen müssen auf die Zuckersuche gehen. Weit und breit gibt es auf dem Lande kein Gramm Zucker, denn es ist Einmachezeit.

Aber sowohl Gläser wie Zucker treffen noch rechtzeitig ein. Drei Stunden später sind die schönen Äpfel Gelee und die Himbeeren ebenfalls.

Nun warten die Pfirsiche, Aprikosen, Pflaumen und Birnen noch darauf, teils in einigen Rumtöpfen Verwendung zu finden und teils zu Kompott verarbeitet zu werden. Am Nachmittag bietet die Küche ein lustiges Bild. Sieben Frauen - ausser Tante Frieda, die vor lauter Aufregung wieder Zustände gekriegt hat und das Bett hüten muss - sitzen in der Küche. Die Läden sind heruntergelassen. Die Frauen sind nur mangelhaft bekleidet, denn es ist sehr warm und die Küche ausserdem furchtbar überheizt - denn zum Einkochen braucht man ein gutes Herdfeuer.

Die Männer sitzen im Nebenzimmer - nicht gerade sehr liebevolle Worte ertönen lassend - und müssen "helfen". Sie müssen schälen, entkernen, durchschneiden, Stiele entfernen. Fritz und Lina und Grete müssen Schoten ausspellen. Ab und zu hüpf eine kleine Erbse auf den Boden. Das gibt lustige Geräusche, und die Männer schauen befriedigt auf. Sie wissen, dass jetzt etwas geschah, was in Gegenwart keiner Frau geschehen dürfte, ohne einen unheilvollen Einfluss auf deren Redetalente auszuüben.

Ab und zu muss einer hinauf in Tantes Schlafzimmer, um zu sehen, wie es ihr geht. Onkel Otto muss am Nachmittag in die Apotheke des Nachbardorfes gehen und Kampfer holen - Onkel Adolf begleitet ihn, damit dem Otto nichts zustösst bei der Hitze. Eine Stunde später kommt ein Eilbote und bringt den Kampfer. Die beiden Onkels trudeln gegen Mitternacht ein. Die "Hitze" hat sie zu sehr mitgenommen.

Am Abend war wieder viel Arbeit geleistet. Alle atmeten auf. Das Größte war vorbei. Nach dem Nachtessen kam Tante Frieda herunter und nörgelte: "Ihr habt hier ja schön gebastet - wie das aussieht! Man sollte das nicht für möglich halten! Seid ihr übrigens fertig? Was, das Gemüse noch nicht? Na, da hört sich doch alles auf! Was habt ihr denn den ganzen Tag gemacht? O, mein Kopf, mein ar-

mer Kopf! Lasst mich zu Bette gehen; ich kann nicht mehr; es war zu viel für mich - - - !"

Am vierten Tage.

Tante soll nicht aufstehen, hat der Arzt gesagt, den der "Verwalter" geholt hatte. Es wird auch ohne Tante gehen, meinen die Frauen. Tante Frieda verdreht die Augen. Sie scheint von solchem Trost nicht viel zu halten...

Die Männer müssen noch einmal heran! Aber sie waren schlau; sie haben sich aus dem Krug ein Fässchen eiskühles Bier kommen lassen. Aus der Arbeit wird bei ihnen nicht viel.

Lohrrüben, Bohnen, Schoten, Petersilie, Lauch, Sellerie liegen in der Küche und im Nachbarzimmer bergehoch. Unter Hochdruck wird gearbeitet. Jede Frau hat einen Teil übernommen. Die eine behandelt die Mohrrüben, die andere die Schoten, die dritte die Bohnen, die vierte... Und die Männer geben ihren Senf dazu. Das erste Fässchen Bier hat nicht weit gereicht. Onkel Adolf hat im Keller, als er nach brauchbaren Einkochgläsern schauen musste, eine Batterie verheissungsvoll staubiger Flaschen erspäht. Drei Minuten später haben sich die Herren zurückgezogen - die Hitze und die Küchendämpfe haben ihnen zu arge "Kopfschmerzen" bereitet. (Als Tante Frieda später einmal die leeren Flaschen entdeckte, hat sie weit ärgere Kopfschmerzen bekommen!)

Am Abend, gegen sechs Uhr, stand Tante Frieda auf, eilte stracks in die Küche und in die Vorratskammer und rief: "Nun aber mal ran ans Werk! Jetzt wird aber ordentlich gearbeitet!" Es gab jedoch nichts mehr zu tun. Die Mädchen hatten nur noch die Küche auszuwischen, die Reste zu entfernen und die Töpfe auszuspülen. Auf den Regalen standen die eingemachten Dinge: Gelees, Früchte, Marmelade, Gemüse... Das Einkochen war vorbei. Es kamen nun noch Kleinigkeiten. Aber damit hatte es Zeit.

Tante Frieda inspizierte alles. Dann bestellte sie sich Kaffee, setzte sich ins Wohnzimmer, in ihren alten Lehnstuhl, schwenkte ein mit Köllnischem Wasser herzhaftr getränktes Tüchlein um ihren Kopf und stöhnte: "Uff - Kinder - war das eine Arbeit! Ihr wisst ja gar nicht, wie das ist, wenn man für vier, fünf, sechs Familien einkochen muss. Diese Aufregungen, diese Arbeit, dieser Aerger, und das Schlimmste dabei ist, alles muss man alleine machen!"

Gerhard Frank.

"Naturgemässe Lebensweise."X

SPD. In einer ruhigen, etwas abseitigen Strasse ist in einem Hause im zweiten Stock rechte ein Privatmittagstisch. Das Türschild gibt an, dass eine Wiener Modistin hier haust. Unten an der Haustür verriet ein Schild, dass man hier auch zu Mittag essen könne, und zwar, wie es präventiös hiess, auf eine "naturgemässe und individuelle" Weise.

Man klingelt. Ein Mann in Filzpantoffeln öffnet und verschwindet gleich darauf lautlos in die Küche. Man steht auf einem halbdunklen Vorplatz und weiss nicht, wohin man sich wenden soll. Da erscheint der Mann in Filzpantoffeln wieder, ein Tablett mit allerhand Essbarem jonglierend, und verschwindet durch eine Tür. - Also ihm nach!

In einem kahlen Zimmer stehen neun Tische eng nebeneinander. Auf ihnen sitzen zumeist Frauen und Mädchen. Ein ganz besonderer Typus - modern. Man schätzt sie auf Kunstgewerblerinnen, angehende Schauspielerinnen, Journalistinnen, Gymnastik-Lehrerinnen, und ihre Gespräche geben dieser Vermutung Recht. Die wenigen Männer, die hier aus und ein gehen, haben alle irgendwie etwas Komisches, Absonderliches; Menschen mit einem unsichtbaren, geistigen Buckel, einer inneren Erkrüppelung; Menschen, die, anstatt Sport zu treiben, irgendeinen Fanatismus pflegen.

Der Mann in Filzpantoffeln legt das Gedeck auf. Die Leute haben es hier einfach. Ausser einer kleinen Papierserviette sind nur eine Gabel und ein kleiner Löffel vorhanden. Messer gibt es nicht. Auch Aschenbecher und Streichbölzer sparen die Wirtsleute, denn man kann sich denken, dass bei einer "naturgemässen und individuellen Lebensweise" nicht geraucht wird.

Die Speisekarte strotzt - und das macht diesen Ausflug auch "Andersgläubigen" erfreulich - von Salaten und Kompotten. Fleisch gibt es nicht. Die Erwartung hat schon das messerlose Gedeck begraben. Ich bestelle eine Salatplatte mit Reis in Tomatensosse für neunzig Pfennig. Es kommt ein Berg Sachen, die auch das Herz des Nicht-Rohköstlers und sonstigen Fleischfressers erfreuen. Grüner Salat, Gurkensalat, Tomatensalat, Radieschen-Salat, Rote Rüben-Salat, daneben ein Klecks Weichkäse und ein Berg warmer Reis, von Tomatensosse lecker gebräunt. Das ist heute die Hauptattraktion.

Ehe man sich darüber einig geworden ist, ob hier Rohköstler oder Vegetarier zusammenkommen, fällt das verratende Wort: Masdasnan. Eine stark ethische, fast religiöse Bewegung. Ueberhaupt hat das Essen ja alle Jahrtausende hindurch bis in unsere Tage stark mit der Religion zusammengehungen und wird auch heute sehr oft mit "Gesinnungsfragen" in einen Topf geworfen. Diese Leute hier kasteien sich nicht. Sie wählen nur aus und achten sorgsam auf die Zubereitung. Sie schwelgen in Gemüse und Salaten, möglichst in roher Form, und leeren dann an-dachtsvoll kleine Schüsseln mit Obst und Schlagsahne. Nur um Fleisch, um Alkohol und um den verfluchten Taback machen sie einen grossen Bogen. Ihr Essen hat einen Vorteil: es bläht den Magen nicht auf. Und wenn man eine Woche lang jeden Tag ein solides Rumsteak gegessen, einen Topf Bier dazu getrunken und seine Zigarre hinterher geraucht hat, dann fühlt man sich in der nächsten Woche bei dieser "naturgemässen und individuellen" Lebensweise sehr wohl.

Mario Mohr.

Leckermäuler.^x

SPD. Alljährlich erscheinen in Amerika die Geschäftsberichte der sogenannten "Soda Fountains", d.h. der Fabriken, die ihre Kunden mit Süssigkeiten und Erfrischungen aller Art versorgen. Gerade in Amerika wird im Sommer eine Unmenge von Eis und Puddings verzehrt, vor allem in den Grosstädten, in denen man sehr unter der drückenden Hitze und Schwüle zu leiden hat. Die Männerwelt kann dort nicht, wie im "feuchten" Europa, durch einen Schluck Bier den quälenden Durst verscheuchen, weil in Amerika jeder Alkoholkonsum verboten ist. Da ist es nicht unverständlich, wenn an heissen Sommertagen in allen amerikanischen Erfrischungshäusern und Cafés nicht nur Angehörige des oft als "naschhaft" verlästerten weiblichen Geschlechts, sondern vor allem auch der Männerwelt mit grossem Genuss gewaltige Portionen erfrischender Getränke und Süssspeisen zu sich nehmen, um ihre Lebensgeister aufzufrischen.

Besonders hat es den Amerikanern ein Gericht angetan, das heute beinahe zu ihrer Nationalspeise geworden ist: der Eiskrem. Man bekommt Eiskrem in allen Farben und Zubereitungen, mit Früchten, Schokolade, Pralinen, Waffeln, Konfekt verziert, Eiskrem aus Mokka, Sahne und Vanille, aus Orangen und Zitronen. Vor allem aber mit recht viel Zucker! Der Magen des Amerikaners kann gesüsste und übergesüsste Speisen in einer Masse vertragen, von dem in Deutschland auch das naschhafteste Leckermäul weiblichen und männlichen Geschlechts sich kaum eine Vorstellung machen kann. Das hat seine guten Gründe. Die amerikanischen Früchte, die schnell reifen, haben im allgemeinen sehr wenig Aroma. Deshalb werden dort alle Marmeladen, Krems, Süssspeisen etwa viermal so stark gesüsst wie bei uns. Mehr als hunderttausend "Soda Fountains" gibt es drüben. Ihr Umsatz betrug

1928 über 6 Milliarden, 1929 etwa 6½ Milliarden Goldmark! Der Hauptanteil davon entfiel auf die beliebten erfrischenden Eiskrems.

Die den Frauen so gern vorgeworfene "Naschhaftigkeit" ist also, wenigstens in Amerika, keine spezifisch weibliche, sondern in gleichem Masse eine männliche Eigenschaft. Es würde sich vielleicht lohnen, auch bei uns in Deutschland einmal das Verhalten der Männerwelt zu allen Süßigkeiten und Erfrischungen zu untersuchen, die wir Frauen auf den Tisch bringen. Darüber hinaus könnte man auch einmal beobachten, ob nicht andre angeblich "weibliche" Charaktermerkmale - Putzsucht, Eitelkeit usw. - ebenfalls in gleichem Umfange bei Männern zu finden sind und dadurch so manche absprechenden Urteile über die Neigung der Frau zu Aeusserlichkeiten hinfällig werden.

E.M.

Fruchtbare Jahre.^x Der gegenwärtigen, die Obstfrucht schnell zur Reife bringenden Sommerhitze ist ein ungewöhnlich milder Winter vorausgegangen. Von ähnlichen ungewöhnlich guten Jahren wird aus einer weit zurück liegenden Vergangenheit berichtet. So heisst es von dem Winter des Jahres 1186, es sei zu Neujahr so schönes warmes Wetter gewesen, dass in Mittelddeutschland die Bäume im Januar zu blühen begannen und im Mai schon die Aepfel an den Bäumen die Grösse von "allnüssen" hatten. Die Ernte konnte am Harz und in Thüringen im Juli eingebracht werden, und die Weinreben trugen im August reife Trauben. 1289 waren die letzten drei Monate des Jahres so warm, dass die Kinder Weihnachten im Freien baden konnten und die Bäume und Rosen blühten. Das wird vor allem aus der Schweiz berichtet, wo dann im Januar 1290 bereits die Vögel brüteten. Warme Winter ohne nachfolgenden Spätfrost sollen im allgemeinen gute Weinjahre werden. So wird u. a. aus dem Jahre 1539 berichtet. Eine zeitgenössische Chronik schildert sehr drastisch, wie damals der Wein im Ueberfluss gerathen und besonders stark gewesen sei. Da habe sich das Bauernvolk in den Städte "übersoffen", sodass sie beim Heimfahren viel von den Wagen gepurzelt und zu Schaden gekommen seien. Im Jahre 1806 fand man in Thüringen zu Weihnachten Kornblumen auf dem Felde. Im gegenwärtigen Jahrhundert waren vor allem die Jahre 1911 und 1921 warme Jahre mit besonders guter Qualität des Weins.

SPD. Ein Drückeberger.^x Der junge Ehemann hatte mit seiner Frau alle voraussichtlichen Monatsausgaben notiert. Er wollte eben den Bleistift wieder in die Tasche stecken, als seine junge Frau ihn sanft ermahnte: "Schatzi, du hast noch etwas vergessen - das Nadelgeld für mich." Jovial lächelte da der Gatte, setzte den Bleistift an und sagte: "Na schön, wieviel Nadeln brauchst du denn monatlich?"

SPD. Die Königin muss daheim bleiben.^x Louis Philipp, der französische "Bürgerkönig", (1830-1848), besuchte eines Tages eine kleine Stadt. "Majestät sind wirklich charmant", sagte naiv der Bürgermeister während des Festessens zu ihm. "Schade, dass Majestät Ihre Frau nicht mitgebracht haben!"

"Das ging leider nicht", erwiderte der König vor Lachen prustend, "irgendwer musste doch im Laden bleiben...."
